den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes zu organisieren, und fesselt das Proletariat an die Konterrevolution. Die sogenannten „revolutionären Gewerkschaften" unterscheiden sich in ihrer Theorie und ihrer Praxis von den „Mutterorganisationen" nur durch eine scheinradikale Phraseologie. Sie kämpfen um „Tarifähigkeit" und appellieren nicht an das Klassenbewußtsein, sondern spekulieren auf das kleinbürgerliche Berufs- und Brancheninteresse unzufriedener Gewerkschaftsmitglieder. Sie sind der organisatorische Niederschlag kleinbürgerlichen Rebellentums, und darum unfähig als organisatorische Grundlage der Massenaktion.

IV.

Die KAPD. und der mit ihr gemeinsam kämpfende Teil der Allgemeinen Arbeiter-Union sehen in der Entwicklung der kapitalistischen Zustände aufs neue die Bestätigung der Richtigkeit der Kampftaktik, die sie von jeher propagierten. Die Arbeiterklasse kann ihre Gegenwehr nur dann erfolgreich entwickeln, wenn sie ohne schädliche Illusionen auf den Kampfplatz tritt. Aus diesem Grunde lehnt die KAPD. und AAU. es ab, mit den sogenannten „selbständigen Verbänden" resp. mit den Führern dieser Verbände über ihr Programm zu verhandeln, weil durch eine solche „Einigkeit" der „Führer" nur eine Stärkung der Kampfkraft vorgetäuscht wird. Diese Führerdiplomatie entspringt dem mangelnden Vertrauen in die wiedererwachende Kampfkraft der proletarischen Klasse und damit dem Mißtrauen in das eigene Programm.

Dieselben Merkmale theoretischer und praktischer Kopflosigkeit offenbaren sich in den Vorschlägen eines Teiles der Union: „rücksichtslose Auslösung von Wirtschaftskämpfen". Politische und psychologische Voraussetzungen der proletarischen Aktion können nicht durch das Temperament einzelner ersetzt werden. Diese Taktik widerspricht der von der AAU. erprobten Kampferfahrung dadurch, daß sie die Arbeiter über die Bedingungen ihres eigenen Kampfes im Unklaren läßt. Es ist die Politik des „vor fertigen Tatsachen stellen". Es ist nicht die Taktik, der die Verantwortung des Proletariats in seinem Kampf zu Grunde liegt, sondern die Taktik des utopistischen Putschismus, der seine Aufgabe nicht darin sieht, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu entwickeln, um es zum bewußten Träger seiner Aktion zu machen, sondern die die geistige Abhängigkeit der Arbeiter von „besseren Führern" zur Voraussetzung hat. Abgesehen von der konterrevolutionären Tendenz einer solchen Auffassung ist eine solche Taktik geeignet, Abenteurern und sonstigen lichtscheuen Elementen Einfluß zu verschaffen. An die Stelle einer ehrlichen proletarischen Kampfgemeinschaft der Unionisten mit ihren Klassengenossen tritt das Verhältnis der „indifferenten" Untertanen zu ihren „besseren" Führern. Im Falle des Scheiterns der Aktion sehen die Arbeiter nicht die Ursachen in dem Kräfteverhältnis der kämpfenden Klassen, gehen nicht mit ungebrochener Kraft an die Schaffung der weiteren Voraussetzungen zu neuen Kämpfen, sondern sie machen für ihre Niederlage die AAU. verantwortlich. Da, wo einige Abenteurer größere Teile von Arbeitern mit der Taktik der „großen Männer" irreführen konnten — wie anläßlich der Rheinlandbesetzung in Süd-West — ist die Folge eine ungeheure Diskreditierung der AAU. und damit der Idee der proletarischen Initiative von unten auf.

V.

Die AAU. unterstützt jede Aktion der proletarischen Massen, wenn diese Aktion der Ausdruck der handelnden Arbeiter selbst ist. Die Taktik der AAU. besteht darin, die konkreten Grenzen jeder Rebellion des Proletariats aufzuzeigen, um an Hand dieses praktischen Anschauungsunterrichtes das Proletariat zur wirklichen Klassensolidarität zu erziehen. Das Prinzip der Union bleibt auch in ihrer Taktik lebendig: Die kämpfenden Arbeiter treffen selbst ihre durch alle Phasen des Kampfes bedingten Kampfmaßnahmen durch ihre gewählten Kampfleitungen, sowohl was die Erweiterung, als auch den Abbruch des Kampfes anbetrifft. Die Union ist nicht eine neue „bessere" Gewerkschaft, die sich als „Interessenvertretung" den Proletariern anpreist, sie muß das kämpfende Proletariat selbst sein. Deshalb lehnt die Allgemeine Arbeiter-Union es ab, irgendwelche noch so „kurzfristige" Vereinbarungen mit dem Klassenfeind zu treffen, wie sie es auch ablehnt, irgendwelche utopistische Forderungen von sich aus in die Massen zu werfen, um sie mit diesen Forderungen zu ködern.

VI.

Eine organisatorische Erweiterung der AAU. ist nur möglich, wenn der Wille der proletarischen Klasse zur solidarischen Gegenwehr gegen die kapitalistische Hungerordnung und ihre Gesetzlichkeit lebendig wird. Diese Gegenwehr wird sich in den verschiedensten Formen und unter den verschiedensten Bedingungen des Produktionsprozesses manifestieren. Die so entstehenden Unionen der Bergarbeiter, Textilarbeiter, Metallarbeiter usw. werden mehr oder minder von der Ideologie des betreffenden Industriezweiges, durchtränkt sein. Die vollkommene Vereinheitlichung der kämpfenden Klasse läßt sich nur im Prozeß des Kampfes gegen das Kapital erreichen. Aus diesem Grunde kämpft die Union gegen die utopistische und klassenfeindliche Auffassung, daß die AAU. nur eine Organisation von bewußten Kommunisten sein könne. Eine solche sektererische Einstellung führt zu jenem unlösbaren Widerspruch, wie ihn die „Einheitsorganisationen" verkörpern. Sie „kämpfen" gegen die revolutionäre antiparlamentarische kommunistische Partei, ohne zu begreifen, daß sie selbst die Funktionen einer Partei unter einem anderen Namen übernehmen. Sie stehen den Kämpfen der Arbeiter fremd gegenüber, weil sie nicht begreifen, daß die Revolution der Prozeß des Kampfes der Arbeiterklasse ist, die erst in diesem Kampf die Reife erlangt, die nötig ist, die kapitalistische Gesellschaftsordnung aus den Angeln zu heben. Die „Einheitsorganisationen" begreifen nicht, daß der revolutionäre Massenkampf da beginnt, wo das Proletariat sich gegen die kapitalistische Gesetzlichkeit aufbäumt, und sei es auch vorerst in der Gegenwehr gegen die Schlichtungsdiktatur oder die Verschärfung des politischen Terrors der Bourgeoisie. Die „Einheitsorganisationen" stehen selbst in den Voraussetzungen der Revolution — den ersten Schritten der Massenaktion — Reformismus, und bekämpfen gerade das, wonach sie jeden Tag schreien. Ihre methaphysische und dialektische Auffassung vom Klassenkampf des Proletariats verurteilt sie zu „Klassenkämpfern" a. D."

VII.

Die AAU. hält aus Gründen der revolutionären Kampferfahrung an dem Kampfbündnis mit der revolutionären antiparlamentarischen Partei der Kommunisten solange fest, als die KAPD. ihre revolutionäre Pflicht zu erfüllen versucht. Sie sieht in der Aufgabe der revolutionären Partei, durch die Konzentration der marxistisch-geschulten Vorhut der Arbeiterklasse die Erfahrungen der kämpfenden Klasse für diese immer von neuem nutzbar zu machen, die notwendige Verbundenheit von Kampf und Ziel. Sie sieht in der revolutionären Partei keine „Konkurrenz", sondern in der Organisation der Kommunisten neben der kämpfenden Klasse die Lösung des Widerspruches, daß das Proletariat unter den kapitalistischen Verhältnissen um den Kommunismus kämpfen muß. Sie sieht in der Tätigkeit der kommunistischen Unionisten in der Klassenorganisation die Lösung der Frage „Führer und Massen" im revolutionären Sinn. An die Stelle der „Persönlichkeit" als den Mittelpunkt parlamentarisch-gewerkschaftlicher Taktik tritt die proletarische Kollektive durch die revolutionäre Partei. Die Partei muß der Dolmetscher des kämpfenden Proletariats, der selbstlose Berater, der Geburtshelfer proletarischen Selbstbewußtseins in der Klassenorganisation sein, um so zu den ökonomischen Voraussetzungen der Revolution auch die subjektiven Bedingungen zu schaffen. Die revolutionäre Partei muß alles versuchen, die proletarische Initiative in der AAU. selbst zu entbinden.

Die AAU. entlarvt daher das Geschrei von der „Diktatur" der Partei über die Union als konterrevolutionäres Geschwätz indifferenter Kleinbürger. Die AAU. wird durch die letzten Vorgänge in dem abgesplitterten Teil der AAU. davon aufs neue überzeugt, daß das Geschrei über die „Vormundschaft der Partei" die Begleitmusik auf dem Marsch in das Lager der „Einheitsorganisation" ist. Die Prinzipienlosigkeit und Kopflosigkeit der „Parteibejaher" geht soweit, daß sie es nicht mehr wagen, diese Frage ernsthaft zur Diskussion zu stellen.

Die AAU. und die KAPD. rufen in Anbetracht der bevorstehenden revolutionären Erschütterung und der damit verbundenen Ernüchterung des Proletariats alle ehrlich revolutionären Elemente zur Sammlung auf, um so den großen Aufgaben gerecht zu werden, vor denen die revolutionäre Arbeiterbewegung steht.

Streik und Aussperrungen 1929

Der Rückzug der Gewerkschaften. — Der Textilarbeiterverband als Maßstab.

Wie sehr sich die Klassenlage zuspitzt und wie die Gewerkschaften Schritt um Schritt vor den Angriffen des Kapitals zurückweichen, das beweist selbst ein Artikel des Textilarbeiterverbandes im Vorwärts vom 8. Februar, wie die folgende Tabelle zeigt:

Jahr	Angriffsstreiks Tage	Abwehrstreiks Tage	Aussperrungen Tage	Gesamt Tage
1923	172 893	20 162	65 955	259 010
1924	104 826	23 547	152 108	280 481
1925	406 021	15 283	78 276	499 582
1926	153 427	57 064	3 575	214 066
1927	1 746 680	57 256	52 041	1 855 977
1928	519 331	25 425	960 810	1 505 566
1929	791 409	18 828	1 961 682	2 771 919

Die Hartnäckigkeit der Kämpfe hat sich, an der Zahl der verlorenen Arbeitstage gemessen, seit 1923 genau verachtfacht. In dem Verhältnis der Angriffe der Arbeiter gegenüber den Angriffen der Unternehmer kommt der ganze Jammer des Gewerkschaftssystems zum Ausdruck. An 28 Angriffsstreiks im Jahre 1929 waren 24 914 Arbeiter beteiligt, an 12 Abwehrstreiks nur 1220 und an 26 Aussperrungen aber 61 904. Die durchschnittliche Dauer betrug für den einzelnen Beteiligten: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie und mit brutaler Hartnäckigkeit vorgingen, war die Zahl der vom Unternehmertum Angegriffenen (Aussperrungen und Angriffsstreiks) und der verlorenen Arbeitstage 2½ mal so groß als die der Streikenden. Die Textilarbeiter sind 1929 auf der ganzen Linie und entscheidend geschlagen worden. Neben verschlechterten Arbeitsbedingungen haben sie eine beträchtliche Lohnejbuße zu verzeichnen. Geradezu hahnebüchen ist es, wenn der Vorwärts schreibt, daß 99 (neunundneunzig) Prozent aller Beteiligten „Erfolg hatten!"

Der „Erfolg", den Sozialdemokratie und Gewerkschaften bekanntlich aus jeder Niederlage herauszurechnen, besteht in der Taktik des Kapitals, daß immer doppelt soviel Lohnabbau resp. Verschlechterung vorschlägt, als es in Wirklichkeit wünscht. Es läßt sich dann am Verhandlungstisch immer ein paar Prozent abhandeln, um den Proleten den Glauben an die Nützlichkeit ihrer Gewerkschaften nicht zu rauben. Darin besteht der „Erfolg" der Gewerkschaften.

Im Einzelfalle „beweisen" die Gewerkschaften ihren vom Kapital geschlagenen Arbeitern immer mit der „alten gewerkschaftlichen Binsenwahrheit", daß man bei großer Arbeitslosigkeit und schlechter Konjunktur keine Kämpfe führen dürfe und keine Erfolge erringen könne. Das stimmt dann, wenn die Arbeiterklasse zuläßt, daß das Kapital industrie- und betriebsweise die Arbeiter zermürbt und besiegt. Wie aber, wenn z. B. bei der großen schlesischen Textilarbeiteraussperrung, (die 61 Prozent aller verlorenen Arbeitstage brachte) der Textilarbeiterverband die gesamte Textilindustrie stillgelegt und zur Abwehr von Einfuhr und der Verhinderung der Bewegung von Textilprodukten Eisenbahn- und Schiffsverkehr eingestellt worden wäre und etwa Kohlen-, Gas-, Wasser-, Elektrizitätsarbeiter durch den ADGB. den Solidaritätsstreik erklärt hätten? Das Kapital hätte ohne mit der Wimper zu zucken jede mögliche Forderung bewilligt.

Natürlich würden dann die Arbeiter sofort sehen, daß ihnen garnichts geholfen wäre. Sie würden sich keinen Zent besser stehen, sondern die Inflation hervorrufen. Sie würden erkennen, daß das kapitalistische System ihre Lebenslage nicht nur nicht verbessern kann, sondern sie laufend verschlechtern muß, um sich am Ruder zu halten. Und da die Gewerkschaften am Kapitalismus dasselbe Interesse haben, zersplittern und zermürben sie die Kräfte der Arbeiter durch Nadelstichtaktik.

Derartige Massenkämpfe sind nur möglich, wenn sich die Arbeiter durch revolutionäre Klassenkampforganisationen Kampfinstrumente verschaffen, über die sie selbst die Herrschaft haben. So organisiert, hat die Arbeiterklasse nicht mehr nötig, um Pfennige und Minuten zu kämpfen, sondern sich durch seine organisierte Klassenkraft zum Herren der Welt emporzuschwingen.

•

Gesunkene Löhne gegen die Vorkriegszeit.

Der Erfolg des 99 Prozent (s. ob. Artikel) besteht natürlich nur in der Phantasie des „Vorwärts" resp. des Textilarbeiterverbandes — selbst nach den Berechnungen des Metallarbeiterverbandes. Die Metallarbeiter-Zeitung vom gleichen Tage (8. Februar) bringt aus den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts in „Wirtschaft und Statistik" Nr. 24 von Ende Dezember vorigen Jahres ein großes Zahlenmaterial, daß klipp und klar beweist, daß die Löhne in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit gesunken sind. An ihnen gemessen hatten nach Abzug der Steuern und Beiträge und unter Zugrundelegung des amtlichen Lebensmittelindex in der Metallindustrie:

	im Zeitlohn	im Stücklohn
Facharbeiter	+ 3 v. H.	— 13 v. H.
Angelernte	+ 2 v. H.	— 7 v. H.
Hilfsarbeiter	+ 2 v. H.	— 5 v. H.

„Sämtliche im Akkord stehenden Metallarbeiter haben also heute tatsächlich weniger als vor dem Kriege", fügt die M.-Z. hinzu. Im Stücklohn standen aber die Arbeiten meistens der erfahrenen Arbeiter. Das Plus von 2 resp. 3 Prozent ist natürlich nur durch den famosen Lebenshaltungsindex hervorgezaubert. „Wir wissen, was von dem berühmten Index der Lebenshaltungskosten zu halten ist", sagt selbst die M.-Z. Sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse haben oft genug ausgerechnet, daß der Index wenigstens um 10 Prozent zu ungünstig ist. Demnach sind selbst die Löhne in der Metallindustrie um 8 bis 20 Prozent niedriger als vor dem Kriege. In anderen Berufen, auch in der Textilindustrie, sind die Löhne aber noch niedriger als in der Metallindustrie.

Massenentlassungen.

Die Gutehoffnungshütte Oberhausen hat 150 Arbeiter entlassen und weiteren 270 Grubenarbeitern gekündigt.

Die Gewerkschaft Friedrich der Grosse in Herne beabsichtigt, mehrere Schächte und 70 Kokereien stillzulegen. Es werden über 500 Arbeiter entlassen.

Das Polnische Eisenhüttensyndikat beabsichtigt, die Belegschaft um 50 Prozent zu verringern. Ab 1. März sollen monatlich 1500 Arbeiter entlassen werden.

Chronik

200 Bergarbeiter verschüttet wurden auf der zu Japan gehörenden an der Südküste Chinas gelegenen Insel Formosa. Die meisten davon sind, wie es scheint, schon umgekommen.

•

Primo de Rivera ist zurückgetreten, an seine Stelle trat ein anderer General, ebenfalls ein Günstling des Königs. Die republikanische Bewegung hat unter der Diktatur Formen angenommen, daß die Monarchie in Gefahr ist. — Die spanische Arbeiterschaft ist aus dem Regen unter die Traufe gekommen.

•

Saulen ist des Republikaners Pflicht. Um das bankrotte Alkoholmonopol zu retten, waren im vorigen Jahre die Steuern auf Trinkbranntwein erhöht. Darauf ist der Konsum so zurückgegangen, daß der Ertrag trotz höherer Steuern um 30 Millionen Mark zurückging. Gleichzeitig stieg die Einfuhr billiger Südweine. Der Reichsrat hat jetzt beschlossen, die Einfuhr in der Höhe der Trinkbranntweinsteuer zu belasten, nämlich mit 537 Mark je Hektoliter.

•

Die Hakenkreuz-Verfassung. In Thüringen wurde der Münchener Putschist Dr. Fricke, ein Stahlhelmer, zum Innenminister gewählt. F. leistete den Eid auf die Verfassung. Die Sozialdemokratie schimpft zu Unrecht. Ihr Liebling Hindenburg ist sogar Ehrenmitglied des Stahlhelms. Das ist wohl Beweis genug, daß Demokratie und Faschismus in Deutschland dasselbe ist.

•

In Indien wirds für das britische Kapital brenzlich.

London, 28. Januar. Gestern abend ist eine Erklärung des Staatssekretärs für Indien ausgegeben worden, die besagt, die britische Regierung werde nicht zulassen, daß in Indien die Verleugnung von Schulden eine praktische Möglichkeit werde. Diese Zusicherung des Staatssekretärs erfolgte in Beantwortung einer Anfrage bezüglich der indischen Sterling-Obligationen, deren Wert während der letzten Monate erheblich gesunken ist. — Das englische Kapital fürchtet um seine in Indien investierten Kapitalien. Gegen den Warenboykott wird es sich vergeblich wehren.

•

Ein Denkmal für den Mörder des österreichischen Thronfolgers wurde am 2. Februar in Sarajewo enthüllt. Sämtliche nationalen Vereinigungen der Stadt hatten große Propaganda gemacht und waren mit Fahnen und Musik angetreten. Im Jubelrausch vollzog ein hoher kirchlicher Würdenträger die Weihe. — Faschismus und Pfaffen sind sich überall gleich.

Organisatorische Mitteilungen

Versammlungskalender Groß-Berlin.

3. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstraße 24.

6. Bezirk.

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gitschiner Straße 86.

14. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Speisebecher, Herfurtstraße 26.

15. Bezirk.

Jeden Freitag, nachmittags 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstraße 3.

17. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Kusche, Lichtenberg, Marktstraße 7.

21. Bezirk.

Jeden 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Otto Gebauer, Nowawes, Wallstraße.

6. Unterbezirk der AAU.

Versammlung am Donnerstag, den 20. Februar 1930, 5 Uhr nachmittags. Alle zuständigen Genossen haben zu erscheinen.

Der Obmann.

Bücher-Ecke

M Barthel: „Blockhaus an der Wolga" (Roman). 4,— Mk. Ganzleinen

Brupbacher: „Kindersegen, Fruchtverhütung, Fruchtabtreibung" (Band 1 der Serie „Wissenschaftliche Elementarbücher". 4. erweiterte Auflage) brosch. 0,40 „

Brupbacher: „Liebe, Geschlechtsbeziehungen und Geschlechtspolitik" (Wissenschaftliche Elementarbücher Band 6/7) brosch. 0,80 „

„So erzieht der Arbeiter seine Kinder" (Ein Leitfaden für Arbeiteretern) brosch. 0,40 „

Engels: „Zur Wohnungsfrage" (Die grundlegende Schrift zur Wohnungsfrage im kapitalistischen Staat und in der Uebergangszeit) brosch. 1,20 „

Engels-Lenin: „Militärpolitische Schriften" (Band I: Fr. Engels) brosch. 1,20 „

L. Kritsman: „Die heroische Periode der russischen Revolution" (Band 16 der Marxistischen Bibliothek) Ganzleinen 5,— „

K. Kersten: „Bismarck und seine Zeit" (Eine Bismarck-Biographie und geschichtliche Betrachtung der letzten 50 Jahre des 19. Jahrhunderts) kart. 4.— Mk., Ganzleinen 6.— „

Krupskaja: „Erinnerungen an Lenin" (Dieser Band der „Erinnerungen an Lenin" umfaßt die Zeit von 1893—1905) Ganzleinen 2.— „

Marx-Engels: „Ueber historischen Materialismus" Teil I (Ein Quellenbuch aus den Schriften Marx-Engels von 1842—1846) brosch. 1,20 „

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

11. Jahrg. Nr. 8 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7632.

Berlin, Februar 1930.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Zörgiebelkosaken im Kriegszustand

Zu Befehl!

Die kapitalistische Krise verlangt eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Das Kapital hält die bisherigen Formen der Arbeitsgemeinschaft für überholt. Sie hatten nur eine Berechtigung, solange die politische Demokratie einen notwendigen Aufbaufaktor zur Durchführung der Rationalisierungspläne der Bourgeoisie bildete. Die Beteiligung der Arbeiterorganisationen an der Wirtschaft und Sozialpolitik ist für das Finanzkapital nur der Uebergang von den absoluten Herrschaftsformen der Monarchie zur restlosen Verwirklichung ihrer eigenen Herrschaft. Die Eroberung des Staates durch die Wirtschaft war für sie das Ziel der Novemberrevolution. Zum Sturz der Monarchie brauchte es die Hilfe der Arbeiterschaft. Die Ueberwindung der Herrschaft des agrar- und schwerindustriellen Rüstungskapitals vollzog sich in den äußeren Formen der politischen Demokratie. Nachdem nun endgültig die Herrschaft des Finanzkapitals stabilisiert und der Gegensatz zwischen der alten und der neuen Herrschaftsschicht beseitigt ist, beginnt ganz bewußt das Finanzkapital mit dem Abbau der Demokratie. Der äußere Anlaß ist der drohende Staatsbankerott, der von dem Finanzkapital bewußt aus äußeren und inneren politischen Gründen herbeigeführt worden ist. Geschickt hat das Kapital es verstanden, diesen Bankrott in die Zeit der Koalitionsregierung, also in die Zeit der Arbeitsgemeinschaft mit dem „Marxismus" zu verlegen. Die enge Verknüpfung des Youngplanes mit der bewußten und systematischen Herabsetzung des Reallohnes wird geschickt hergestellt, um die Arbeiterschaft über die Tragweite des Zusammenbruchs der Arbeitsgemeinschaft hinwegzutäuschen. Nach außen hin besteht noch die Arbeitsgemeinschaft, trotzdem sie in der Wirklichkeit nur eine Unterwerfung der SPD. und der Gewerkschaften unter das Kommando des Kapitals darstellt.

Trotzdem die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in vollem Rückzuge vor dem Kapital sind, ist das Unternehmertum mit seinen bisherigen Erfolgen noch nicht zufrieden. In einem Artikel im „Wirtschaftsdienst" über „Die Entwicklung der Berufsverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber" schreibt Professor Zimmermann folgende charakteristischen Worte: „Viele neutrale Beobachter der deutschen Wirtschaftsentwicklung, auch außerhalb des Unternehmerlagers, sind davon überzeugt, daß die sozialistischen Gewerkschaften, dank ihrer politischen Machtnutzung, in Ueberspannung der Theorie von hohen Löhnen für die organisierten Arbeiter an Lohn und sozialen Vorteilen aus der Deutschen Wirtschaft seit 1925 schon mehr herausgeholt haben, als der bisherigen Boden- und Kapitalkapazität entspricht. . .". Die Erfolge dieser übermäßigen Ausbeutung des Kapitals durch die Arbeiterschaft sei zunehmende Arbeitslosigkeit, die eine „dauernde soziale Declassierung bedeutet großer Proletariermassen" herbeiführen droht, die wie Treibsand um Wasser auf die kommunistischen Mühlen treiben würde". Mit Besorgnis wird die Wirkung dieser zu weitgehenden politischen Machtnutzung verfolgt, weil sie geeignet sei, die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft zu untergraben. Dabei kommt offen zum Ausdruck, daß das Unternehmertum keineswegs gewerkschaftsfeindlich ist. Es weiß ganz richtig, die Rolle der Gewerkschaften einzuschätzen. Die Gewerkschaften sind nach ihrer Ueberzeugung nach dem Zusammenbruch 1918 „Auffangdeiche und Ordner des Chaos zur Rettung des Staates" gewesen. Sie spielen weiterhin eine „nicht zu überschätzende Rolle als Träger sozialer Kulturtendenzen und mit der Daseinsschwere ausschnendender Gemeinschaftsgefühle in den Arbeitermassen". Diese positive Arbeit für da Kapital soll selbstverständlich gehalten werden. Die Anerkennung, die hier durch die Unternehmer den Gewerkschaften gezollt wird, beweist, wie restlos sich die Gewerkschaften bisher dem Diktat des Unternehmertums unterworfen haben. Es ist dies auch gar nicht anders zu erwarten, solange die Gewerkschaften die von ihnen gestellten Forderungen von der wirtschaftlichen Lage des Kapitals abhängig macht. Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft hat nun zu einer ungeheuren Erwerbslosigkeit nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt geführt. Die Weltarbeitslosigkeit wird auf 15 Millionen geschätzt. Die Gewerkschaften haben sich nun die Aufgabe gestellt, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Es ist dies für sie auch eine Existenzfrage. Darauf weist auch Zimmermann ganz klar hin. Er fürchtet, daß die dauernde soziale Declassierung zur Radikalisierung der Arbeiterschaft führt und daß dadurch die Stellung der Gewerkschaften innerhalb der Arbeiterschaft untergraben wird. Die Gewerkschaften und das Unternehmertum können nur eine Arbeitergemeinschaft gebrauchen, die durch die Mittel der Arbeitsgemeinschaft auch tatsächlich mit dem Unternehmertum verbunden bleiben kann. Je mehr aber die Arbeitsgemeinschaft versagt und je weniger sie sich imstande erweist, die Arbeitslosigkeit einzuschränken, um so stärker wächst der Widertand gegen die Arbeitsgemeinschaft, weil der Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft einfach nicht mehr zu erreichen ist. Die Gewerkschaften müssen, wenn sie noch weiter politisch und wirtschaftlich eine Machtposition einnehmen wollen, für Arbeit sorgen. Für sie ist die Einreihung der Arbeitslosen in die Produktion zu einem zentralen Problem geworden. Dabei dürfen sie diese Parole nicht etwa nach dem Muster der KPD. als unmittelbare Forderung, sondern müssen sie als praktische Forderung stellen. Es ist geradezu typisch, daß die Gewerkschaften jetzt in allen Fragen die „revolutionären" Parolen der KPD. aufgreifen und ihnen einen arbeitsgemeinschaftlichen Charakter geben. Dies bedeutet nichts weniger, als daß sich die SPD. und die Gewerkschaften die Aufgabe stellen, die kapitalistische Akkumulation zu erhalten und im Rahmen dieser Akkumulation die Arbeiterschaft einzubetten. Die Arbeiterschaft soll sich also mit dem begnügen, was ihr das Kapital freiwillig überläßt. Der variable Teil des Kapitals soll ohne Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft einfach unter den vorhandenen Arbeitern aufgezeigt werden, eine neue Art „sozialistischer Planwirtschaft". Die Organe dieser Planwirtschaft sind die Gewerkschaften, die Vollstrecker die Arbeiterräte. Beide arbeiten Hand in Hand. Am charakteristischsten zeigen sich die Pläne in den von der Sozialdemokratie beherrschten öffentlichen Betrieben, die sozusagen Musterwirtschaften der Arbeitsgemeinschaft sind. In ihnen glauben die Gewerkschaften dem Unternehmertum den richtigen Weg aufzeigen zu können. Der jetzige Uebergang von der Arbeitsgemeinschaft als Aufbaufaktor zur Arbeitsgemeinschaft als Abbaufaktor ist die entscheidende Krise der Wirtschaftsdemokratie, weil hier das offene Eingeständnis des Zusammenbruchs der evolutionären Entwicklung zum Sozialismus gegeben wird. Die Gewerkschaften haben damit auch die letzte Möglichkeit verloren, der Arbeiterschaft eine höhere Entwicklung vortäuschen zu können. Arbeitskämpfe können nicht mehr mit Erfolg geführt werden. Die staatliche Intervention — das Tarif- und Schlichtungswesen — kann sich ebenfalls nicht mehr zugunsten der Arbeiter auswirken. Es ist dies auch nicht im letzten Jahrzehnt der Fall gewesen. Es haben aber äußere Momente noch Täuschungsmöglichkeiten geboten, so daß sich die Arbeiterschaft über den wahren Charakter der gewerkschaftlichen Erfolge Illusionen gemacht hat. Jetzt muß die Gewerkschaftsbürokratie an die Arbeiterschaft mit dem Eingeständnis herantreten, daß es mit diesen „Erfolgen" Schluß ist. Sie muß von der Arbeiterschaft „Solidarität" mit den Erwerbslosen verlangen, das heißt, die Arbeiterschaft hat auf einen 8-Stundentag zu verzichten, um die Sozialpolitik des Unternehmertums zu erleichtern.

(Schluß Seite 2)

Massenaktion und Partei

Die Welle der Arbeitslosigkeit wächst zur Sturmflut. Die Steuerlawine frißt an dem kärglichen Lohn. Die Kommunen und der „Vater Staat" treiben durch ihre „Sparmaßnahmen" Millionen Entwurzelter zur Verzweiflung und belauern sie an allen Ecken mit dem Gummiknüppel und dem Schießeisen. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie — die gut bezahlten abgebrühten Büttel der Hungerdemokratie — sind empört über die „Frechheit" der Hungernden, davon zu sprechen, statt den Staat zu bejubeln, der sie umbringt.

Wie immer in solchen krisengeschwängerten Situationen, werden auch nun wieder die verschiedensten Wunderdoktoren mobil, die ihr Patent anpreisen, wie das Proletariat sich aus dem Dreck wendet, ohne daß es alt zu weh tut.

„Politischer Massenstreik!" lesen wir jeden Tag in der „Roten Fahne". Schon recht gedämpfter Trommelklang ist das, was in letzter Zeit zu hören ist. Vor einigen Wochen standen wir — wenn wir das Geschreibsel ernst nehmen wollten — schon kurz vor dem „Sowjetdeutschland". Nun ist der „Großkampftag" auf den 6. März verschoben, bis dahin muß also auf der Stelle getreten werden, um die Einheit nicht zu stören — aber dennoch übertönt das „Auf-der-Stelle-treten" den monotonen Schrei: „Politischer Massenstreik!"

Was das ist, politischer Massenstreik? — Vor einigen Tagen streikten die Arbeiter der Firma Opel. Sie blieben isoliert, — **ihre Forderungen waren keine Forderungen, die die Klasse bewegten** — und sie mußten wieder zu Kreuze kriechen. Die „Rote Fahne" verkündete laut: „Politischer Massenstreik bei Opel". Und wenn wir die opportunistische Wichtigtuerei bei dem Schofförstreik in Berlin näher betrachten, reiht sich diese würdig den Aktionen an wie dem „Rohrlegerstreik", dem Streik der Textilarbeiter in Hartmannsdorf, der Schuhmacher in Berlin, der ganzen Kette isolierter Aktionen, der „politische Massenstreik wird zur lächerlichen Farce, zu einer Phrase herabgewürdigt. Ein anderer Name für zersplitterte Putscherei.

Im Hintergrund steht Brandler und „warnt". Einheitsfront predigt er, „mit den sozialdemokratischen Brüdern". Nicht isolieren vor der Masse.. Nicht die Gewerkschaften „spalten", sondern „erobern". Der abgebrühte Bursche spekuliert dadurch, daß die dummen Proleten vergessen, daß diese Einheitsfront den Galgenwald in Ungarn zur Folge hatten, daß an dieser „Einheitsfront" der Massenstreik der Berliner Munitionsarbeiter 1918 zerbrach, daß seine Einheitsfront 1923 in Sachsen das Proletariat den sozialdemokratischen Henkern auslieferte. Er rechnet: die Sozialdemokratie wird den Arbeiter selbst die Illusionen aus dem Schädel wichsen, daß sie in der Sozialdemokratie noch einen Funken proletarisches Verständnis finden. Und die Thälmann und Leow werden durch ihre Dummheiten dafür sorgen, daß sich die Proletarier — von neuem entäuscht — ihnen zuwenden. „Links" davon fischt Urbahns herum.. Was er anderes als Brandler will, wird wohl auch keiner von denen definieren können, die ihm — weiß der Teufel warum — noch nachlaufen.

Ueberall dieselbe Ersoebnung: Jede Fraktion hält ihre Politik als das unfehlbare Rezept. Und die Proletariat will im Grunde genommen von diesen Rezepten nichts wissen. Es bleibt passiv.

Damit soll nicht gesagt sein, daß diese Passivität etwas begrüßenswertes sei, im Gegenteil. Es ist bekiemmend, mit welchem Langmut das Proletariat die Frechheit der an ihm schmarotzenden Kapitalistenklasse und ihrer Lakaien erträgt. Aber mit einem Gejammer über diese Passivität wird diese nicht gebrochen.

Und im Grunde genommen ist das auch gar nicht die Frage, auf die eine bestimmte „Taktik" zu gebrauchen wäre. Die Arbeiterbewegung ist reich an Beispielen, daß diese scheinbare Passivität so rasch in Aktivität umschlug, daß diese Wunderdoktoren davor ehrfurcht erschraken, daß sie — wo die Arbeiterklasse nicht die Kraft fand, sie hinwegzufegen — zu den aktiven Helfern der Konterrevolution wurden.

Die Arbeiterklasse ahnte dunkel, daß gegen den monopolisierten Kapitalismus jeder isolierte Streik verpufft. Die Ar-

beitslosen haben in vielen Jahren verzweifelten Aufbäumens erfahren, daß sie ihre Not nicht ändern können, so lange sie für sich bleiben.

Die Klassenjustiz der bankerotten Demokratie hat mit Jahrhunderten von Zuchthaus in das Hirn der Arbeiter geschrieben, daß die Bravour Einzelner Selbstmord ist. Die große Armee der Arbeiterklasse wird täglich von den Tatsachen belehrt, daß sie mit den Waffen der Vorkriegszeit nicht mehr gegen einen Feind kämpfen kann, der mit ganz anderen Waffen, mit ganz anderen ökonomischen, politischen und technischen Mitteln kämpft. Das Proletariat **glaubt nicht mehr** an die Gewerkschaften, als die Organisationen, die den Klassenkampf führen, oder „erobert" werden können. **Es glaubt nicht mehr** an die Zörgiebelpartei. **Es glaubt nicht mehr** an die parlamentarische Windbeutelei. **Es glaubt nicht mehr** an die Rezepte parlamentarischer Phrasendrescher.

Es fühlt, daß ungeheure geschichtliche Umwälzungen vor sich gegangen sind, und noch gehen. Es sucht nach einem Ausweg. Denn das Tasten nach dem rettenden Ufer braucht sich nicht in „Hoch" und „Nieder" auf den Straßen äußern. Die fortgesetzt notwendig werdenden Provokationen der kapitalistischen Profitmacher — notwendig für sie, weil sie nur durch fortgesetzte Steigerung der Ausbeutung die Kapitalanhäufung zusammenschmelzen können, um ihre Waren auf dem Weltmarkt unterzubringen —, treiben zur Entladung der unerträglich werdenden Spannung. Die Aktion der Proletarier beginnt, wenn der Funke der Arbeitersolidarität Millionen hierin aktivisiert. Ein äußerlich scheinbar geringfügiger Anlaß kann die Fonten aufstellen. Massenstreik! Das ist nicht eine neue Parole, das ist nicht ein Irrlicht parlamentarischer Bluffaktik, politischer Massenstreik, der herauswächst aus dem Chaos der Gummiknüppelkomödie, das ist die Kampfansage der Arbeiterklasse auch gegen den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Betrug. Das ist der Griff der proletarischen „Kmattle" an die Gurgel des kapitalistischen Staates..

Die Wunderdoktoren und Nutznießer der proletarischen Niederlage lassen das Proletariat über den wahren historischen Inhalt des politischen Massenstreiks in der heutigen Situation genau so im Unklaren, wie über die Lage selbst. Und auch das ist „Taktik". Wenn das Proletariat begreift, daß nur der Aufstand der Massen selbst eine Rettung bringen kann, daß dieser Aufstand sich gegen die kapitalistische Ordnung richten muß, wenn er einen Sinn haben soll, und daß diese Ordnung in sich schließt die parlamentarischen und gewerkschaftlichen Nutznießer dieser Ordnung, dann würde es fragen: Welchen Sinn hat dann diese lächerliche Katzbalgerei um Gewerkschaftsposten, um gesetzliche Betriebsräte, die an die demokratische Gesetzlichkeit gebunden sind, welcher Fasching um die Wahlklosels der demokratischen Korruption .

Gar keinen!

Und nicht nur das.

Dann ist die Aufgabe der Kommunisten, dem Proletariat diese Zusammenhänge zum Bewußtsein zu bringen, jeden Tag. An Hand der kapitalistischen Provokationen auf allen Gebieten nachzuweisen, daß die Bedingungen des Klassenkampfes über den Proschmäusekrieg vermittels der Spitzbäuche hinausgewachsen sind. Daß es heißt, aus den ökonomisch-politischen Verhältnissen auch die organisatorischen Folgerungen zu ziehen sind: die Organisation der kämpfenden Klasse auf höherer Stufe. Die Union der Arbeiterklasse, gegliedert nach Betrieben, verflochten zur zentralen Einheit, durchglüht von dem Willen: „Alle für einen, einer für alle." Wir wissen, daß der Wille, die Klassenorganisation des Proletariats zu schaffen, identisch ist mit dem Willen zum Kampf überhaupt. Und trotzdem müssen alle Kräfte angespannt werden, vorzuarbeiten. Denn die Revolution wird nicht im ersten Anlauf siegen. Eine Welle von Auf und Nieder, von Heroismus und Fatalismus, von Begeisterung und Passivität wird sie über sich, über der sich ständig vertiefenden Krise der kapitalistischen Ordnung spiegeln, bis die Dauer und Tiefe der Krise keinen anderen Ausweg mehr läßt, als Sieg oder Barbarei.

Aber in der Brandung von Lüge undDummheit, von Verzweiflung und todesverachtender Kühnheit, von eisernen Kampfwillen und stinkender Zersetzung muß stehen — wie ein Fels im Meere — die revolutionäre Kampfpartei der Kommunisten, die Partei der Revolution.

Ihre Beschlüsse — von den Mitgliedern selbst gefaßt — müssen gelten, bis sie aufgehoben werden. Sie muß jedes Mitglied, ganz gleich, wo das steht, zur Rechenschaft ziehen können, wenn es sich auf ein „Selbstbestimmungsrecht" anderer Organisationen beruft. Und wer bei diesen „Prinzipien" verharrt, muß als verlogener und stinkender Opportunist entlarvt und hinausgeworfen werden.

Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, die Losung muß sein: Jederzeit bereit!

Denn die Aufgabe der Partei ist, als ideogische Kollektivkraft die geistige Umwälzung der Proletarier im Prozeß des Kampfes zu beschleunigen, Führerin zu sein, um kämpfend die Kraft im Proletariat zu entbinden, daß dieses befähigt, seine historische Mission zu erfüllen.

Die Zentralausschuß-Sitzung der KAPD. muß der erste Schritt zur Mobilisierung der Kräfte sein. Es gilt, aus vergangenen Fehlern zu lernen, um als disziplinierte Einheit kommenden Stürmen begegnen zu können.

Zu Beicht!

Schluß von Seite 1.

Der Rückzug der Gewerkschaften muß der Arbeiterschaft klar werden. Sie darf sich nicht von den scheinheiligen Phrasen über Solidarität mit den Erwerbslosen fangen lassen. Sie muß viel mehr erkennen, daß der Zusammenbruch der Gewerkschaftspolitik nicht eine Frage der Unfähigkeit von einzelnen Führerpersönlichkeiten ist, und daß eine Führung der Gewerkschaften durch Brandlerianer oder durch die revolutionären Gewerkschaften der KPD. etwas ändern könnte. Die Gewerkschaften sind infolge ihrer Struktur nicht mehr in der Lage, die Vorkriegsstrategie der offenen Arbeitskämpfe anzuwenden. Sie waren schon damals keine Klassenkampforganisation; sie kämpften lediglich um die Anerkennung durch das Unternehmertum. Ihre Kampfhaltung war lediglich das Produkt der Ablehnung der Gewerkschaften durch das Unternehmertum. Die Arbeitsgemeinschaft ist kein zufälliges Produkt, sondern vielmehr eine notwendige Entwicklungsform. Der heutige Hochkapitalismus ist ohne die Arbeitsgemeinschaft nicht denkbar. Seine Ueberwindung kann aber nicht durch dieselben Organisationen erfolgen, die ihn aufgebaut haben. Man kann auch eher eine kaiserliche Beamtenstadt republikanisieren, weil die wirtschaftliche Abhängigkeit sie zwingen kann, „des Lied zu singen, wes Brot sie ißt", weil es sich hier nur um verschiedene kapitalistische Herschaftformen handelt. Genau so wie der Parlamentarismus als Kontrollorgan nicht übertragbar ist auf eine revolutionäre Herrschaft der Arbeiterschaft, ebenso wenig sind die Gewerkschaften als Aufbauinstitutionen für die Eroberung der Macht durch die Arbeiterschaft zu verwenden.

Im Anfang der Arbeitsgemeinschaft war die Arbeiterschaft noch eine erhebliche Macht, weil sie Auffangdeich und Ordner im Chaos war. So bald sie aber diese Funktion für das Kapital verloren hatte, ging auch ihre Machtposition immer weiter zurück. Dem Diener, den man braucht, bezahlt man gut. Sobald er aber seinen Dienst erfüllt hat, ist keine Notwendigkeit mehr vorhanden, ihm noch für die eingerichtete Arbeit den alten Lohn zu zahlen. Die SPD. und die Gewerkschaften haben das Chaos mit blutiger Hand niedergeschlagen. Dadurch haben sie zwischen sich und der revolutionären Arbeiterschaft einen ewigen Trennungsstrich gezogen. Sie haben ihre Existenz auf der kapitalistischen Ordnung aufgebaut und müssen diese Existenz mit Zähnen und Nägeln gegen die revolutionäre Arbeiterschaft verteidigen. Dadurch sind sie zwanglos die Verbündeten der Bourgeoisie geworden, die sich ihrer jederzeit als freiwillige Hilfsgruppe ohne Bezahlung bedienen kann. Ein altes französisches Sprichwort heißt: „qui mange du pape, en meurt", d. h. wer vom Brot des Papstes ißt, der stirbt daran. Wer vom Brot des Kapitals ißt, der stirbt an ihm. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind eben die geschworenen Feinde der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften essen das Brot des Kapitals. Sie sind an die kapitalistische Wirtschaftsordnung gekettet. Der Kettenhund muß dem Herrn apportieren. Er hat ihm gehorsamst den Profit zu schaffen. Dafür erhält er von dem Herrn einen Knochen. Das Fleisch behält der Herr. Der Hund ist vom Kapital schon gut dressiert. Er apportiert ohne jeden Zwang mit dem Stolz des durch die Dressur über die gewöhnlichen Hunde hinausgewachsenen Hundes. Um ihm diesen Stolz beizubringen, legen die Gewerkschaften das Hauptgewicht auf das Bildungswesen, dessen Aufgabe es ist, dem Arbeiter die notwendige Einsicht über die Notwendigkeit der Arbeitsgemeinschaft zu verschaffen.

Es könnte sich jemand über diesen Hundevergleich empören und darin eine Degradierung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sehen. Der Vergleich ist aber nur eine Variation des alten Wortes: Die dümmsten Kälber wählen sich ihren Metzger selber. Die Gewerkschaften sind eben durch ihre gesamte Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik zu Gefangenen des Kapitals geworden. Aus dieser Gefangenschaft können sie sich nur durch Organisation befreien. die auf dem Klassenkampfboden stehen und deren Organisationsform auch dafür bürgt, daß ein arbeitsgemeinschaftliches Verhältnis eine Unmöglichkeit ist. Gerade aus dieser Krise hoffen wir, daß das Proletariat die Einsicht ziehen wird, daß die Organisierung in der KAPD. und der AAU. die einzige Möglichkeit zur Organisation der Revolution bildet.

Politische Rundschau

Zörgiebelkosaken im Kriegszustand

Der „roten" Schupo-Zellen Dank an ihre Anwälte.

Zörgiebel schickt an die Presse (an die „anständige") diesen Wisch: „Durch Beschluß des vierten Strafsenats des Reichsgerichts vom 5. Februar 1930 in der **Ermittlungssache gegen Unbekannt** wegen Vorbereitung des Hochverrats ist die Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin, insbesondere der Abteilung „Vervielfältigung", angeordnet worden. Es handelt sich um die Zersetzungsschrift „Was müssen wir Polizeibeamte jetzt tun? Polizeibeamte als Opfer des Young-Plans" und um Material, aus dem sich ergibt, daß diese Schrift in dem genannten Gebäude hergestellt worden ist. Die Durchsuchung hat heute (18. Februar. Red.) vormittag um 10.30 Uhr begonnen."

In wunderbarer „Ordnung". Dutzende von Ueberfallkommando-Autos rollten aus allen Richtungen heran und luden Hunderte von den grünen demokratischen Ordnungskosaken vor dem Karl-Liebknecht-Haus ab. Unmittelbar folgten, Tag-und-Nacht-Haus wurde von allen Seiten umzingelt. Das Viertel glich einer belgischen Stadt von 1914. Mit dem Unterschied vielleicht, daß die Kosaken dieser famosen Republik ihrer hohenzollerischen Vorgänger zu übertrumpfen versuchte. Ihr Benehmen den Passanten gegenüber war wie am 1. Mai.

Die hirnverbrannte Einstellung der KPD. hat von neuem den Beweis erbracht, daß diese Partei von bornierten politischen Analphabeten geleitet wird. Seit 10 Jahren „revolutioniert" die KPD. die Schupo. Nicht nur, daß sie gutes Arbeitergeld und gute, echte Tschervonzen in Masse aufwendet und Traktätchen für die Schutzgarden des Kapitals druckt. Millionen von proletarischen Steuergeldern hat sie für die „Volksgenossen im grünen Rock" in den Parlamenten bewilligt. Die Kasperle-Faxen des von den Deutschnationalen zur KPD. übergetretenen M. d. L. Kasper zur „Revolutionierung" der Schupo sind zu bekannt, als daß hier ein Wort darüber verloren werden brauch. Der Kosakenkrieg vom Bülowplatz hat den Erfolg bewiesen.

Das Unterfangen der KPD. die Schupo durch die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage von ihrer Pflicht des Kapitalschutzes abzuwenden, steht auf derselben Höhe, als wollte man die Thälmann-Remmele-Heinz. Neumann-Konsorten durch gedruckte Traktätchen von den russischen Futterkrippen wegrücken. Die Arbeiter, die in dieser Hinsicht noch unerschütterter Hoffnung und Gedankenlosigkeit nachlaufen, sollten aus der neuesten Attacke ihres Gewerkschafts-Hermann Zörgiebel mit ihren gewerkschaftlich organisierten grünen „Brüdern" endlich begreifen lernen, daß die „Taktik" der KPD. in ihrer Gesamtheit notwendig die Folge zeitlupe ungeheure Dimensionen angenommen hat. Bei der KPD. ist die Verzweiflung über die Massenflucht und die Leere ihrer Kassen nicht minder groß. Man muß den Moskauer Geldgebern beweisen, daß man etwas tut und verfällt auf Marotten.

Für derartige Massenaktionen hat die KPD. durch ihre parlamentarische und gewerkschaftliche Politik jede Voraussetzung zerstört. Daß die Arbeiter sich zu der Aktion entschlossen, deutet immerhin darauf hin, daß ihr Sinn für Klassenzusammenschluß und Massenaktion wach zu werden beginnt. Derartige Aktionen auf ein paar hundert Stellen zugleich ins Werk gesetzt, einschließlich Verkehrs- und Kraftwerken, würde nicht nur die gesamte Arbeiterklasse auf die Straße bringen, sondern auch die Soldateska aktionsunfähig machen. Die Voraussetzung aber ist, daß die denkenden Arbeiter keinen Pfennig mehr in die Gewerkschaftskassen zahlen und die Parlamentsaffen zum Teufel jagen. Der zweite Schritt muß der Zusammenschluß in den Betrieben sein. So organisiert werden der Arbeiterschaft auch nicht die Waffen fehlen, mit denen sie ihre Wirtschaft und ihre politische Macht verteidigen und sich zum Herrn der Welt emporschwingen kann.

Die neunschwänzige Katze

der sozialdemokratischen „Arbeiterregierung" in England.

Wir haben davon berichtet, daß ein Straßenfangenes im Wandsworth-Gefängnis Selbstmord durch Herabspringen vom Stiegengeländer beging, als er zu der ihm vom Gericht zudiktierten Prügelstrafe geführt werden sollte. Der Fall ist in der Presse lebhaft besprochen worden, und auch der „Vorwärts" kann nicht umhin, seinen Lesern einiges über die englische Justiz zu erzählen, um zu zeigen, wie achtenswert die deutsche Republik den Proleten sein muß, daß sie nicht mehr vom Gericht zu Prügeln verurteilt werden. Aber auch in England ist es nicht so schlimm, denn es ist

„. . . **ein ganzes System von Verhältnissen geschaffen worden, um nach Möglichkeit einen tödlichen Ausgang der Tortur zu vermeiden.** Es wurde bekannt, daß jeder Strafgefangene vor ihrer Ausführung ärztlich untersucht wird, und daß die Anwesenheit eines Arztes bei ihrer Durchführung selbst obligatorisch ist. Der Rücken des solcherart Bestraften gleicht, so berichteten die Zeitungen, **nach der Versetzung der Peitschenhiebe „einem blutigen Brei", und die Striemen sind bis ans Lebensende sichtbar."**

Die Prügelstrafe hat die „Arbeiterregierung" mit übernommen und hat bis jetzt nichts getan, sie zu beseitigen. Die Humanität des sozialdemokratischen Justizministers besteht darin, daß er dem Delinquenten einen Arzt beigibt, daß er nicht ganz, sondern nur dreiviertel totgeprügelt wird. Um aber den Proleten zu zeigen, wie besorgt die englischen „Sozialisten" sind, brachte ein Arbeiterpartei-Mitglied des Parlaments einen privaten Gesetzentwurf ein, die Prügelstrafe abzuschaffen.. Von ihm sagt der „Vorwärts" vom gleichen Tage:

„Das Arbeitsprogramm der Regierung ist überreich, und die privaten Gesetzentwürfe pflegen den Bedürfnissen der Regierungen geopfert zu werden.

Heute ist das Gewissen der Oeffentlichkeit noch wach. Aber es wird, stets kurzlebig und schnell beruhigt, morgen wieder einschlafen. **Der Gefangene von Wandsworth-Gefängnis wird vergeblich gestorben sein.** Stärker als anderswo lauert hier, in England, das Mittelalter inmitten der Gegenwart."

Wie neuzeitlich ist die deutsche Demokratie doch, denn im Mittelalter gab es weder Brownings noch Gummiknüppel, wie sie die Bütteln des deutschen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten gegen die Proleten anwenden.

Daß die Barbarei in England von der „Arbeiterpartei" auf Geheiß der Bourgeoisie betrieben wird, davon zeugt wohl die Tatsache, daß sowohl Macdonald wie Henderson, letzterer aus der Unabhängigen Arbeiterpartei, der sie bis jetzt ebenfalls angehörten, ausgetreten sind, weil deren Vorsitzender, Maxton, gegen die englische Noskerichtung wegen ihrer Regierungsmethoden eine leise Opposition wagte.

Der Krach bei Opel

Nach Meldungen der „Roten Fahne" ist es der „revolutionären Opposition" am 12. Februar gelungen, die 8000 Arbeiter der Opelwerke in Rüsselsheim bei Frankfurt a. M. zur Arbeitsniederlegung zu bestimmen und den Betrieb zu besetzen. Der „Vorwärts" wieder berichtet, daß unter Führung eines hessischen und eines preußischen Landtagsabgeordneten „200 betriebsfremde Elemente in Rotfrontuniform" eingedrungen seien und nur 400 Arbeiter die Arbeit niedergelegt hätten.

Die Tobsucht des „Vorwärts" über „Sabotage" und „Verbrechen" deutet wohl darauf hin, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter größer ist, als den sozialdemokratischen Kapitalstützen lieb ist. Daß die Ruhe nicht so vollständig ist, als das Noskeorgan weismachen will, dafür spricht wohl dieser sein Angstschrei:

„Die Arbeiterschaft wird eine Fortsetzung dieses Treibens nicht dulden. Sie ist von so großer Stärke, daß ihre Faust das Häuflein von verbrecherischen Provokateuren zerschmettern wird, wenn sie niederfällt. **Gegenüber diesem Treiben ist Lauenstein nicht am Platze.** Die Arbeiterschaft wird sich nicht provokatorischen Anschlägen und neuen Sabotaten mit den schärfsten Mitteln widersetzen."

Das ist die offene Androhung des Terrors gegen arbeitslose und rebellierende Arbeiter, wenn sie sich dem Hunger und Terror widersetzen. Die Arbeiter, die sich noch nicht von der proletarischen Ehrgefühl bewahrt haben, sind es längst gewohnt, von dem sozialdemokratischen Regierungsorgan als Verbrecher beschimpft zu werden. Das ist nur in Ordnung so. Eine Beleidigung für anständige Arbeiter wäre es, wenn sie vom „Vorwärts" gelobt würden. Dieses Lob verdienen nur Henker, Bätel, Pfaffen und Bonzen.

Damit soll die Torheit der KPD. nicht entschuldigt sein. Wenn die Arbeiter auf die Blödheiten der KPD. hineinfallen, so beweist das nur, daß die Verzweiflung ungeheure Dimensionen angenommen hat. Bei der KPD. ist die Verzweiflung über die Massenflucht und die Leere ihrer Kassen nicht minder groß. Man muß den Moskauer Geldgebern beweisen, daß man etwas tut und verfällt auf Marotten.

Für derartige Massenaktionen hat die KPD. durch ihre parlamentarische und gewerkschaftliche Politik jede Voraussetzung zerstört. Daß die Arbeiter sich zu der Aktion entschlossen, deutet immerhin darauf hin, daß ihr Sinn für Klassenzusammenschluß und Massenaktion wach zu werden beginnt. Derartige Aktionen auf ein paar hundert Stellen zugleich ins Werk gesetzt, einschließlich Verkehrs- und Kraftwerken, würde nicht nur die gesamte Arbeiterklasse auf die Straße bringen, sondern auch die Soldateska aktionsunfähig machen. Die Voraussetzung aber ist, daß die denkenden Arbeiter keinen Pfennig mehr in die Gewerkschaftskassen zahlen und die Parlamentsaffen zum Teufel jagen. Der zweite Schritt muß der Zusammenschluß in den Betrieben sein. So organisiert werden der Arbeiterschaft auch nicht die Waffen fehlen, mit denen sie ihre Wirtschaft und ihre politische Macht verteidigen und sich zum Herrn der Welt emporschwingen kann.

Die Arbeitsmarkt Ende Januar

Die Berichte der dem ADGB. angeschlossenen Verbände über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Januar lassen eine weitere Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt erkennen. Von den 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos bezw. arbeiteten kurz

	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	Kont.	Sais.	Kont.	Sais.
Ende September 1929	8,9	12,8	8,0	0,6
„ Oktober 1929	9,2	17,7	8,1	1,1
„ November 1929	10,2	28,6	8,6	2,1
„ Dezember 1929	12,8	51,5	9,4	3,5
„ Januar 1930	14,2	55,5	12,6	2,2

Im Durchschnitt für sämtliche Verbände ist die Zahl der Arbeitslosen unter den Gewerkschaftsmitgliedern von 20,3 Prozent am Jahresschluß 1929 auf 27,2 Prozent, die der Kurzarbeiter von 8,2 Prozent auf 10,9 Prozent angewachsen. Die Lage des Arbeitsmarktes war Ende Januar 1930 nicht unerheblich schlechter als zu demselben Zeitpunkt im Vorjahre, wo die Arbeitslosigkeit 19,4 Prozent und die Kurzarbeit 8,2 Prozent betrug, obwohl das Wetter in diesem Jahre Bau- und Außenarbeit zuläßt.

Aus den Bezirken

Frankfurt a. M.

Die bewegliche Taktik der AAU.

Am Samstag, den 8. 2. und Sonntag, den 9. 2. fand hier eine von der KPD. einberufene Konferenz der revolutionären Gewerkschaften, „roten" Betriebsräte und „ausgeschlossener roter Gewerkschaftler" statt. Merker, hier in Frankfurt ein neuer Stern, hielt nach alter Weise die üblichen Reden, die man als bezahlter Bonze nach dem Leitfaden des „einzigen Arbeiterstaates" halten muß. Ob der Redner selbst an die Märchen glaubt, spielt in keiner Hinsicht eine Hauptsache ist, daß die dummen Proleten sie ernst nehmen.

Mit dem üblichen Tamtam wurden dann am Schluß der Konferenz mehrere Resolutionen eingebracht, die mit allen gegen eine Stimme und wenigen Stimmenthaltungen angenommen wurden Z. B. für die Betriebsrätewahlen, für Sowjetrußland, für den 6. Gewerkschaftskongreß, für die Gewerkschaftsopposition. Lauter alte Kamellen.

Der Kongreß war unter anderem auch von zwei AAU.-Mitgliedern und — ohne dem geht es doch nicht — von einem „KAPD.-Mitglied" besucht. Die Abstimmung zeigte nun die „bewegliche" Taktik der Mitglieder der AAU. und ihres extra zu diesem Kongreß zum „KAP.-Mann" beförderten schon immer wildgewesenen beweglichen Kleinbürgers. Sie stimmten für die Resolutionen. Es hätte wahrlich nicht verwundert, wenn die hiesige Arbeiterzeitung die Verbrüderung der KPD. mit der AAU. und der KAPD. gemeldet hätte. Was nicht ist, kann ja noch werden, denn die Einigungsverhandlungen zwischen der AAUE. und der sogenannten AAU. scheinen sich schon wieder zerschlagen zu haben. Ein Mitglied der AAU. veröffentlichte in einer der letzten Nummern des Kampfrufes einen Artikel über die letzten Winterbeihilfedemonstrationen. In diesem Bericht wurden die Mitglieder der AAUE. wegen ihrer unbeweglichen Haltung bei der genannten Demonstration mächtig unter die Lupe genommen, was auf Seiten der AAUE. eine starke Beeinträchtigung hervorriet. Natürlich. Es waren zwei Königskinder, die hatten einander so lieb, sie konnten zusammen nicht kommen, das Wasser war viel zu tief.

Bonn

Etwas Neues.

Am Donnerstag, den 6. 2., fand hier eine öffentliche Versammlung vom Arbeiterverband der „Selbsthilfe der Arbeit" statt. Das Thema lautete: „Neue Gewerkschaftspolitik durch Selbsthilfe der Arbeit". Referent Volkswirt Lautenbach.

An Eingang bekam gleich jeder Besucher einen Stoß Material in die Hand gedrückt und noch Statuten, Zeitschriften des „Verbandes" mit ausführlichen Bauplänen von ein- und mehrstöckigen Häusern, sogenannten Eigenheimen. Der Referent sprach dann über die alten Gewerkschaften und kritisierte scharf die Politik und die Wirtschaftsdemokratie derselben. Bis dahin konnte man mit den Ausführungen einverstanden sein. Was aber nun folgte, war ein Sammelsurium von Utopien. Der Bund besteht, resp. wünschen das die Geschäftemacher, aus, Berufsverbänden. Mit Einführung der „Zinsenmark" und jedem ein Haus, soll allem Uebel in der Welt abgeholfen werden. Satzungen und alles andere ist genau wie bei den Gewerkschaften.

In der Diskussion sprach auch ein Genosse von uns. Er wiederlegte in längeren Ausführungen den ganzen Schwindel. In einer Zeit der größten Ausbeutung des Proletariats und der schärfsten Konzentration des Kapitals ist es nicht die Aufgabe des Proletariats, das Alte zu reformieren, sondern zu besetitgen. Wenn der Kapitalismus beseitigt ist, brauchen wir keine Zinsmark mehr. Auf alles dieses wußte der Referent nichts rechtes zu erwiedern. Den Vogel in der weiteren Diskussion schoß der Sekretär des Bauarbeiterverbandes, Herr Hopp mit den „Erfolgen" der Gewerkschaften. Er setzte das Klopfen des Büttenmarsches ein. Heinrich mußte abziehen.

Diese Versammlung hat wieder einmal gezeigt, wie es bei den Proleten um die Gewerkschaften steht. Das Proletariat hat die Nase voll von neuen und alten mittelalterlichen Gebilden. Es ist dies ein gutes Stück weiter in dem Kampf der Proletarier gegen das System. Ein weiterer Schritt wird naturnotwendig folgen müssen, der Zusammenschluß als Klasse in den Betrieben und auf dem Arbeitsnachweis.

Aus der Internationale

Spanien

Weltausstellung in Barcelona.

Von einem Genossen wird uns aus Spanien geschrieben:

Sonntag — die Straßen festlich geschmückt! Je näher man zum Platz von Spanien kommt, desto mehr Fahnen und Wimpel drängen sich dem Auge auf. — Dann steht man geblendet auf dem Platze, vor sich die Riesenmasse, stufenförmig Eingangs-Avenue zur Ausstellung, eine Farbenorgie von Fahnen, links und rechts harmonisch ansteigend Palast an Palast bis hoch hinauf, wo das gewaltige Bauwerk des National-Palastes das grandiose Bild abschließt. . . .

3 Stunden habe ich die Ausstellung durchstreift, ohne in ein einziges Gebäude einzutreten, und immer noch bleibt soviel zu sehen. Bei jedem Schritt steht man vor neuen architektonischen, landschaftlichen und technischen Großartigkeiten! Wasserfälle stürzen brausend nieder, verschwinden unter spiegelglattem Asphalt, leuchtenden Rosenbeeten und Marmortreppen, schießen weiter unten aus einem kunstvollen Gewirr von Fontänen hoch zum Himmel auf, Aufzüge, Drahtseilbahnen, mechanisch laufende Treppen, rasen leise auf und nieder, lauschige Eckchen mit zierlichen Geländern laden zwischen Palmen und Blumen zum Genießen der wunderbaren Aussicht auf Stadt und Meer ein. Kaffees und Restaurants, die im Stile der verschiedenen Epochen gehalten sind, bieten Erfrischung. Dann das „Spanische Dorf" mit seinen winkeligen Gassen, dem reizend nachgeahmten holperigen Pflaster, den vergitterten Fenstern, schattigen Toren, großen klobigen Türen und Bozen, genau der Wirklichkeit der spanischen Dörfer nachgebaut. In 3 Minuten geht man hier von Andalusien mit seinen blumenbewachsenen Gitterfenstern und zierlichen Höfen nach dem rauhen Aragonien mit seinen düsteren massiven Häusern, oder nach Mallorca, um sich gleich darauf bei einem der „jahrhundertealten" Toreingänge des „Spanischen Dorfes" wieder vor prachtvollen Palästen zu sehen.

Jedes erdenkliche Ding hat in der Ausstellung einen eigenen Palast: Palast der Arbeit, des Sports, des Kinos, der modernen Kunst, der Landwirtschaft, der Religion, der Sozialversicherung, des Kunstgewerbes, der Chemie, der Presse, des Staates, der Musik usw. usw., dann die Riesenpavillons der fremden Länder, Stadions, Tennisplätze, Kirchen, Anti-Theater, Ausstichstürme, Restaurants, ein orientalisches Dorf mit Moscheen, Arabern usw., ein Vergnügungspark, eine Miniatur-Eisenbahn, ein Tiefseepanoptikum, ein Negerdorf, Pavillons der größten Weltfirmen aller Länder, Telephon-, Post-, Telegraphenämter in Masse, riesige Reklamesäulen und dazwischen und darüber immer wieder Hunderte von Fahnen in allen Farben. . . .

Wenn man abends in die Ausstellung geht, so glaubt man sich in ein fernes, utopisches Zukunftsland versetzt! Die kühnsten kindlichen Vorstellungen von 1001 Nacht werden hier in den Schatten gestellt. 1000 Säulen spenden geeinigtpftes Licht. Türme ragen weißglühend in die Nacht, die Geyser der Fontänen spielen in hundert Farben durcheinander, die Beleuchtung des National-Palastes taumelt von einer Farbe in die andere, über sind Radiolautsprecher angebracht, Riesenscheinwerfer greifen weit in das Land hinaus.

Man wird müde und nachdenklich. . . . Wie betäubt geht man zurück. Vor wenigen Jahren noch war dies alles ein unkultivierter Barbaren-Land und jetzt, ein Wunder aus Stein! Welche gewaltige Kraft hat diese märchenhafte Paläste aus dem ausgedörrten Boden des Montjuich gestampft?. Weltausstellung von Barcelona — das Großartigste, das alles bisher Dagewesene ist diesem Gebiete weit hinter sich läßt! Eine riesenhafte Manifestation der Kraft des Weltkapitalismus? Ist vielleicht diese wahnsinnige Verschwendung märchenhafter Reichtümer ein Beweis des Kräftebersstrotzens des Kapitalismus? Also in Wirklichkeit keine Weltkrise, keine drohende Revolution?

O gemach! Und die Millionenheere der Arbeitslosen?! Und die drohenden Kriegswolken am fernen Ecken und Enden des Weltkorizontes?! Und das Proletariat?!

Weltausstellung Barcelona! Wer hat sie bezahlt? Spanien ist ein junges kapitalistisches Land, das sich erst nach dem Kriege aus dem feudalen Halbschlummer herausgerissen hat und beginnt, seine ungeheuren Reichtümer, die jahrhundertelang brach gelegen sind, zu heben und auf den kapitalistischen Weltmarkt zu werfen. Doch auch hier wie überall bedingt die kapitalistische Entwicklung auch die Entwicklung ihres tödlichen Widerspruchs: das Proletariat!

„. . . Ich bin fast wieder auf Ausgange angelangt. Triumphierend ragen die Paläste und Türme und Kuppeln in den strahlenden spanischen Himmel . . . und die tausend Fahnen flattern stolz und sieghaft. . . . Da öffnet sich vor mir eine Luke im Boden. Ein Metalldeckel klappt auf . . . ich gehe heran, sehe eine Treppe, unten Maschinen, heiße, stickige Luft schlägt mir entgegen, das sind die Eingeweide der Ausstellung, kilometerlang ziehen sie sich hin, unter den Fontänen und Palästen. — gut verborgen, damit ihr Anblick nicht die Märchenpracht oben stört. Ein junger Arbeiter steigt die Treppe herauf, nur mit einer Hose bekleidet, er ist über und über schmutzig und beschwitzt. Jetzt setzt er sich an den Rand, blinzelt zuerst in die Sonne, wirft einen verächtlichen bitteren Blick auf die Paläste und auf die Scharen vergnügter Wallfahrer, spuckt aus und dreht sich eine Zigarette.

Rußland / Frankreich

Mjasnikow über die Trotzkisten.

Den folgenden Brief Mjaßnikows entnehmen wir unserem französischen Bruderblatt, dem „Ouvrier Communiste":

Der wichtigste Gegenstand des Mitteilungsblattes der Opposition, Nr. 6, ist die Deklaration der Opposition, **zu welcher Trotzki seine Zustimmung gegeben hat.** Worin besteht die Grundlage und der politische Sinn dieser Deklaration? Um diese Frage gut verstehen zu können, muß man in der Nr. 1 des Mitteilungsblattes nachsehen, in welchem Trotzki sagt:

„Ich nenne drei klassische Fragen, die den entscheidenden Maßstab zur Beurteilung der Tendenzen im Weltkommunismus abgeben: 1. die Politik des anglo-russischen Komitees, 2. der Verlauf der chinesischen Revolution, 3. die ökonomische Politik der Sowjetunion und ihr Zusammenhang mit der Geschichte vom Aufbau des Sozialismus in einem isolierten Lande Das sind die wissenschaftlichen Prüfsteine, mit denen ein Proletarier, der sich mit sozialen Fragen erwas abgibt, sofort die verschiedenen Strömungen des Weltkommunismus beurteilen kann."

Also jedesmal, wenn man die Richtungen untersuchen will, wird man die Totenruhe stören müssen, wird die alten Fragen: anglo-russisches Komitee, Verlauf der chinesischen Revolution aufrühren und sich schließlich dem Fünfjahrplan Stalins zuwenden, welcher die ökonomische Politik der Opposition beeinflußt. Also in den drei Punkten haben wir ein Instrument wissenschaftlicher und entscheidender Genauigkeit! So schwierig auch die Fragen sein mögen, die gestellt werden könnten — wir können beurteilen, wie sich diese oder jene Richtung, Gruppe oder Fraktion verhält. Es genügt demnach, nach der Vergangenheit zu fragen, — die Sache ist erledigt, der Streit beendet. Wenn eine Gruppe in diesen drei Fragen keine ketzerische Sünde begangen hat, ist sie unzweifelhaft eine marxistische Gruppe.

Stalin & Co. haben diese Punkte wie die famose Opposition ausgelegt und selbst Trotzki übertroffen. Die Vergangenheit vergessend, näherte man sich Stalin und wenn man auf ihn das Licht der drei Punkte wirft, glaubt man, es gäbe keinen besseren Marxisten auf der Welt. —

Die Vergangenheit vergessen? die Trotzkisten wollen sie nicht vergessen. Welch unversöhnliches Volk, diese Trotzkisten! Die Trotzkisten haben sich entschlossen, in welcher Weise sie die Vergangenheit nicht vergessen wollen. Haben sie sich entschlossen, einen erbarmungslosen Kampf anzusagen? Aber nein! Im Gegenteil, mit einem schweren Seufzer der Reue haben sie ihre Unterwerfungserklärung geschickt.

Es handelt sich um eine einfache Kapitulationserklärung ohne einen Schatten von Absicht einer Plattform oder eines Programms. Sie haben keine merklichen Meinungsverschiedenheiten mit der Partei, sie wollen keine Fraktion bilden, aber sie wollen sich gänzlich der Parteidisziplin unterwerfen. Sie stellen alle wichtigen Fragen, in denen die Opposition mit der Bolschewikenpartei übereinstimmt, in den Vordergrund, ohne die Differenzen zu verbergen:

„Wir meinen, — sagen sie — daß die Meinungsverschiedenheiten, welche noch verbleiben, und deren Wichtigkeit die Zukunft entscheiden wird, nicht unsern Ausschluß aus dem Parteilager rechtfertigen können. Sie können gänzlich in das Programm und in die Partei aufgenommen werden, sie sind wie eine Antwort auf die Fragen, welche die Entwicklung des Aufbaus des Sozialismus mit sich bringt. Des weiteren sehen wir, wie gefährlich das Bestehen von kommunistischen Fraktionen ist, welche inner- oder außerhalb der Partei sind. Weiter versagen wir die Gefolgschaft der Anwendung fraktioneller Kampfmethoden. Und endlich sind wir bereit, uns der Parteidisziplin und ihren Statuten, welche jedem Mitglied seine kommunistischen Ansichten zu verteidigen gewährleisten, zu unterwerfen."

Mit einem Worte, Trotzki läßt seine Fraktion zu einem Programm zurückkehren, das er nicht als marxistisch betrachtet. Er dementiert die Fraktionen als gefährlich und empfiehlt demnach dem Leninbund, sich als Fraktion anzusehen:

„Es muß gesagt werden, daß der deutsche Leninbund eine Parteifraktion und nicht eine Partei ist. Hieraus entspringt eine Politik die mit der bolschewistischen Partei übereinstimmt."

Die Geschichte der russischen Arbeiterbewegung wird nicht eine zurückhaltendere Opposition gekannt haben, sie hat aber ebensowenig eine gekannt, die so enthüllt des Ideals wäre. Die Erklärung der Trotzkisten ist eine Kapitulation, wo sich die Oppositionellen noch mit einem gewissen Stolz betrachten. Aber dieser Stolz wird nicht lange dauern, nach dem russischen Sprichwort: „Kannst du auf dem Rosse nicht durch Festhalten der Mähne obenbleiben, so hoffe nicht, es durch Festhalten des Schweifes zu können." Es würde genügen, daß Stalin huldvoll einige Oppositionelle in sein Kabinett eintreten läßt, einige andere Gefangene befreit, Trotzkis Exil aufhebt und ihm die Heimat wiedergibt — und ihr Stolz fällt. — sie kriechen, gleich Sinowjew auf dem Bauche. Später wird Stalin eine geringe Meinungsverschiedenheit mit den Kapitulanten auf den Umfang einer Plattform aufblähen und unter den § 58 des Gesetzbuches bringen. Es ist wahrscheinlich, daß diese Oppositionellen, diese hohen Funktionäre, die bereits soviel Qualen in ihren Gefängnissen und im Exil erlitten haben, dann den „Unentbehrlichen" machen werden, um sich nicht neuerlich der Gefahr auszusetzen, ihre geliebte Umgebung verlassen zu müssen und vor Heimweh zu vergehen — entfernt von ihrer bürokratischen Tätigkeit.

Im Falle, wo Stalin einen Augenblick zögern sollte, bevor er die Pforten seines Kabinetts und der Gefängnisse öffnet, wird man ähnlich eine Deklaration erscheinen sehen, die weniger Differenzen und weniger von „Stolz" aufweist. Das, was wir da sagen, gilt den großen Persönlichkeiten. Aber es gibt nicht nur große Persönlichkeiten in der Trotzkisten-Opposition, es gibt da auch viele Aktive. Diese wollen ihren Führern nicht folgen Nach einigem Zögern werden sie der „Arbeitergruppe" beitreten. Hier ist das unfehlbare Ende der Großen-Männer-Opposition am Ende ihres verschobenen Weges. Niender mit der Opposition der Größen! Es lebe die Opposition der Proletarier der Arbeitergruppe!

G. Mjassnikow.

Tschechoslowakei

Die abgeblasene Amnestie.

Die tschechoslowakische Republik hat ein Schutzgesetz, das an Härte in allen „demokratisch" regierten Staaten nicht seinesgleichen findet. Worte, die sich nur irgendwie staatsfeindlich ausdeuten lassen, Beleidigung des Präsidenten, politische Gespräche mit Soldaten, unangemeldete Versammlungen werden mit Monaten schweren Kerkers bestraft. Diese Härte hat allerdings ihre besonderen Gründe, denn als das Schutzgesetz entstand, hatte eben der Schuß des Terroristen Soupal einen der brutalsten Exponenten der Industrie, den Finanzminister Rasin, beseitigt. Damals war die Furcht vor dem Proletariat noch nicht verschwunden, die Bourgeoisie zitterte um ihr Eigentum und ihre Vollzugsorgane mußten nun durchgreifen oder wurden hinweggeschwemmt. Doch man griff durch. Von nun an füllten sich die Kerker mit Proletariern, die nicht einmal politisches Regime genossen sondern behandelt wurden, wie gemeine Verbrecher. Zerbrochen durch die brutalen Methoden des Strafvollzugs verlassen viele den Kerker.

Aber das Schutzgesetz hatte auch andere Aufgaben. Wir leben in einem Nationalitätenstaat. Die herrschende nationale Bourgeoisie, die Tschechen, wollten nun das Monopol auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse für sich in Anspruch nehmen. Diese Absicht behagte weder der deutschen noch der ungarischen und slowakischen Bourgeoisie. Darum sollte das Schutzgesetz auch ein Mittel sein gegen die Irredenta zu kämpfen, die als Folge der Benachteiligung bei den Minderheitsnationen Fuß faßte. Während es nicht gelang, die deutsche Bourgeoisie kirre zu machen, da sie den größten Teil der Industrie in ihrer Hand hat und man sie beiriedigen mußte, indem man sie zur Regierung heranzog, begann man die Slowakei rücksichtslos zu kolonisieren und zu entindustrialisieren, um so zugleich eine Konkurrenzindustrie zu beseitigen und gleichzeitig einen Absatzmarkt fürs Inland zu schaffen. Die deutsche Bourgeoisie reagierte auf die Maßnahmen der Tschechen, indem sie ihren Nationalismus und ihr Kokettieren mit dem deutschen Reich, was ohnehin mehr Geste als Ernst war, beiseite ließ und von nun an auf nationale „Belange" pfiff. Freilich ein paar Heilsporne, Völkische und Nationalsozialisten, die gab man der „Völkerverständigung" preis und die bekamen nach vollzogener wirtschaftlicher und politischer Einigung die Härte des Schutzgesetzes zu fühlen. Unter dem Vorwand der Spionage beseitigte man diese Störenfriede und jetzt hemmte nichts mehr die engste Zusammenarbeit der bürgerlichen Klasse. Anders in der Slowakei. Dort sah sich die Bourgeoisie ausgepowert und verdrängt, das Kleinbürgertum verelendet und der Bauer am Hungertuch. Die erste Folge war, die steigende Zahl der Auswanderer, die zweite ein teils auf vollständige Autonomie, teils ein auf Anschluß an Ungarn gerichteter Irredentismus, all diese Tendenzen fanden sich in der slowakischen Volkspartei. Doch es gelang durch erneute Konzessionspolitik auch die slowakische Bewegung zum Abflauen zu bringen und sie in ministerielle Bahnen zu lenken. Immerhin hatte der unversöhnliche faschistische Flügel dieser Partei unter der Führung des Professor Tuka noch bedeutenden Einfluß und erschwerte die Politik der gemäßigten Mehrheit. Aus diesem Grunde inszenierte die Bürgerblockregierung einen Hochverratsprozeß gegen Tuka auf Grund des Schutzgesetzes und ließ ihn ohne nur einen juristisch haltbaren Beweis geführt zu haben, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilen. Dadurch wurde auch der slowakischen Bourgeoisie das letzte Hindernis aus dem Wege geräumt und sie wurde im Sommer 1929 voll regierungsfähig. Nun erst zeigte sich die wahre Bedeutung des Schutzgesetzes, es tobte sich gegen die Arbeiterschaft aus und, was da dem Staate gefährlich werden konnte, wurde eingekerkert. 3000 Sträflinge aus politischen Gründen sind eine recht schöne Bilanz der Demokratie. Der Sommer 1929 war für die herrschende Klasse eine glückliche Zeit. Die Fabriken waren in Betrieb, die Arbeitslosigkeit gering, die Arbeiterschaft passiv. Man konnte es sich also leisten, großmütig zu sein und plante daher für den 80. Geburtstag des Präsidenten Masaryk, eines Reaktionärs, der es gut versteht, seine Handlungen in den fadenscheinigen Mantel der Philantropie zu hüllen und sich so den einen Mythos geschaffen hat, der bis weit in die Arbeiterschaft reicht, eine weitgehende Amnestie für politische Delikte. Aber die Zeiten ändern sich und an Stelle der Schwindelkonjunktur trat schon im Herbst die Agrarkrise, die die Regierung zum Sturz und das Parlament zur Auflösung brachte. Nun schickte die Bourgeoisie im neuen Parlament die rot-grüne Koalition ins Vordertreffen. Die sozialdemokratischen Minister begannen ihre Bütteldienste mit schönen Phrasen und faselten von einem neuen Tag, der nun über ihrem Staate anbreche. Der neue Tag brach auch an, aber nicht wie sie es dachten. Statt Wirtschaftsfrieden und Konjunktur steigende Aktivität der Arbeiterklasse und Massenarbeitslosigkeit. Vergeblich bemühten sie sich, unterstützt von der verrotteten KPC., die steigende Bewegung zu hemmen. Immer mehr Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen, Zusammenstöße mit der Polizei kennzeichnen die Lage. Vergeblich sucht die KPC. durch unsinnige Parolen und Wettbewerbe, die Arbeiterschaft vom Kampfe abzuhalten.

Daß unter diesen Umständen politische Amnestie einem Selbstmordversuch gleich käme, liegt auf der Hand. Darum blieb es der Sozialdemokratie in ihrer Bütteirolle vorbehalten, durch ihren Justizminister, den braven Advokaten Dr. Meißner, verkünden zu lassen, daß die Bourgeoisie nicht daran denke, eine Amnestie zu gewähren oder zu das Schutzgesetz aufzuheben, sondern daß es Dr. Meißner sich vorbehalte, einzelne zu amnestieren. Die Bedingung dazu scheint zu sein, daß man im Kerker Sozialdemokrat wird, und darauf zu achten, daß das Schutzgeestz milder praktiziert werde. All das sind reine Augenauswischereien. In Wirklichkeit heißt es: Wir brauchen jetzt das Schutzgesetz, um die revolutionäre Welle niederzuhalten und denken garnicht daran, Agitatoren aus unseren demokratischen Strafanstalten zu entlassen. Man sieht, die Tschechoslowakei hat ihren Nosske gefunden, sie wird auch ihren Zörgiebel finden.

In dieser Situation aber, in der die Bourgeoisie krampfhaft versucht, die ansteigende Revolutionswelle zu brechen, wo die Zahl der Arbeitslosen wöchentlich um mehrere Tausend wächst, hat die KPC. nichts anderes zu tun, als Prämienpreisausschreiben für Mitgliederwerbung zu veranstalten und die im Krisensturm verwehte Losung zu verkünden, um so ihren eigenen Bankrott zu verhüllen.

Unsere Aufgabe ist es, der Arbeiterschaft aufzuzeigen, daß jeder Kampf um Teilforderungen heute Klassenverrat ist und es nur eins gibt, was den Proletariern die Kerker öffnet, und das ist die proletarische Revolution.

Holland

Die Bourgeoisie sichert sich.

Das Zentrale Statistik-Büro veröffentlicht die Reichs-Einkünfte für das Jahr 1927. Einiges daraus entnommen, soll hier bekanntgegeben werden. —

Diejenigen, welche in Niederland mehr als 10 Millionen Gulden = ca. 17 Millionen Mark besitzen, sind im Jahre 1918 nicht mehr als sechs Menschen gewesen. In der Zeit von 9 Jahren hat sich diese Anzahl mehr als verdoppelt; sie beträgt 1927 **sechszehn Personen und sie verfügen über 231 962 000 Gulden.**

Im weiten Abstand folgen die „gewöhnlichen" Millionäre, ihrer waren 1918 „nur" 950. Im Jahre 1927 sind es 1145 geworden und sie haben zusammen 2 Milliarden. 630 Millionen Gulden.

Fast ärmlich denen gegenüber stehen die 177 457 Menschen da, die nur zu 14 Millionen zusammen besitzen.

Diese Summe, verteilt auf die 7,5 Millionen Einwohner, die Niederland hat, kämen auf jeden fast 2000 Gulden. Die meisten haben natürlich nichts als ihre Arbeitskraft, mit der sie den Ausbeutern die Reichtümer geschaffen haben, und die heute vielfach brach liegt.

Im Haag wohnen die meisten Nabobs. Es sind 14 607 mit einem Vermögen von fast 2 Milliarden. — Bei allen diesen Zifern ist zu berücksichtigen, daß sie auf freiwilligen Anzaben beruhen. Angaben, auf Grund deren die Vermögenssteuer zezahlt wurde.

Sehr natürlich ist es von der Bourgeoisie, Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, um sich gegen Ueberraschungen, welcher Art auch, zu sichern. — Noch sitzt sie hier fest, warm und trocken. Aber die „unsoliden" Wirtschaftsverhältnisse in der Welt spiegeln sich sehr in dem Welthafen Rotterdam. Als Ausgangshafen für die Kolonien ist es fast die Lage der Rotterdamer Arbeiter zu betrachten. Diese, gemessen nach holländischem Maßstab, ist äußerst unglücklich. — 12 717 Arbeiter waren es im Jahre 1928, die Arbeitslosenunterstützung bezogen. Im Jahre 1929 stieg die Zahl auf 13 657 Arbeiter. — Im Hafengebiet war die Unfallziffer hoch: sie betrug 3297 Menschen, die getötet wurden oder den Arzt nötig hatten. Ueber 53 000 Personen mußten 1929 das Asyl für Obdachlose in Anspruch nehmen.

Kein Wunder, daß in dieser Stadt, wo die Bourgeoisie ständig mit einem explosiven Aufflammen von Arbeiter-Gemütern rechnen kann, „Beruhigungsmaßnahmen" in größtem Umfange getroffen werden.

„De Tribune" berichtet darüber: Das Polizeikorps ist sehr verstärkt mit katholischen jungen Elementen aus Brabant, mit calvinistischen Bauern von den Inseln. Zahlr. ältere Polizeiagenten, die sich mehr von der gemütlichen Seite zeigten, sind pensioniert worden. Ein System von Kontrolle ist eingeführt, wobei der eine den anderen zu bespitzeln hat. — Ueber ganz Rotterdam sind große Waffen- und Munitionsvorräte aufgestapelt. Sie sind zu finden in Kellereien der Getreidesilos, unter St. Job, im früheren Altmännerhaus am Schiedamschen Dyk. Der private Waffenhandel hat die Extraerlaubnis, große Vorräte für evtl. sofortigen Gebrauch bereitzuhalten. Die Firma van Doorn hat nicht weniger als 80 000 Revolverpatronen im Betonkeller aufgespeichert. Bei der Firma de Swart lagern 45000 Revolverpatronen. Dazu sind überall in den Straßen, wo die Arbeitslosen stempeln gehen, und wo sie die Unterstützung abholen, die Polizeiwachen so verstärkt worden, daß man nicht mehr von „Ordnungshütern", sondern von Polizeiknüppeln, dressiert für den Bürgerkrieg, sprechen kann.

Italien

Die „Tribüne" veröffentlicht nachstehenden Brief, den ein holländischer Kommunist von einem italienischen Arbeiter empfing.

Torino (560 000 Einwohner), 27. Dezember 1929.

Werter Kamerad!

Verzeihe, daß ich so lange auf meine Antwort habe warten lassen. Ich habe wirklich keine Zeit gehabt. Unsere Fabrik hat die Extrarbeitung bekommen von der Einrichtung für den italienischen Prinzen, der baldigst in die Ehe treten soll mit der belgischen Prinzessin Marie José.

An dieser Bestellung haben wir bis zum März Arbeit, dabei **müssen wir 12 Stunden pro Tag arbeiten.**

Die Arbeitslosigkeit ist hier sehr groß.

Die größten Betriebe sind bis 15. Januar 1930 geschlossen und in den übrigen Betrieben wird nur 3 Tage in der Woche gearbeitet.

Hätten wir diese Arbeit nicht erhalten, dann müßten wir auch das Los von so viel anderen teilen. Mit der Arbeitslosen-Versicherung ist es traurig bestellt. Man muß mindestens ein Jahr gearbeitet haben und Beiträge geleistet haben, um für drei Monate Anspruch zu haben auf eine Unterstützung von 3,75 Lire pro Tag. (20 Lire = ca. 4,20 Mark.)

Die Arbeiter und Soldaten werden als Vieh behandelt. Es wird kein Geld angewiesen für eine ausreichende Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Der Papst zieht mehr die Andacht von Mussolini vor. Vor ein paar Monaten hat er dem Papst ein Dutzend Autos angeboten von 1 760 000 000 (1 Milliarde 760 Millionen) Lire.

Der Sold der Soldaten im Dienst vor dem König ist 40 Centimes pro Tag, dagegen empfangen die faschistischen Söldner 22 Lire ohne Essen, oder 16 Lire mit Essen pro Tag. Daß dieser Zustand unhaltbar ist, ergibt die Tatsache, daß bereits in verschiedenen Städten Protestbezeugungen stattfanden.

.. Ich hoffe, daß noch in diesem Winter Neuänderungen kommen. So kann es nicht bleiben.

Herzliche Grüße! Esperanto.

Die Arbeiter-Kultur-Bewegung

Halle.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

Frankfurt a. M.

Jeden Samstag, 8 Uhr abends: Versammlung bei Karl Maier, Frießengasse 10.

Ortsgruppe Bonn.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderan, Doetschstr. 5.

Sympathierende und KAZ.-Leser haben Zutritt. Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.

Zur Zentral-Ausschußsitzung.

Die Thesen des GHA. in der letzten Nummer der KAZ. enthalten einen groben Druckfehler. Im Absatz VII, 2. Zeile von unten muß es natürlich heißen: **methaphysische, mechanistische Auffassung**

Bücher-Ecke

Die „große Zeit" im Spiegel der Literatur.

Becher, Kläber u. a. „Der Krieg".	Halbl. 2,50,	Ganzl.	Mk. 3,20
Barbusse, „Das Feuer"		Ganzl.	„ 7,50
Beumelburg, „Sperrfeuer um Deutschland",	kart. 5,—	„	„ 6,50
Frey, „Die Pflasterkästen"		„	„ 6,—
Jünger, „Feuer und Blut"		„	„ 5,—
Glaeser, „Jahrgang 1902"		„	„ 6,—
Passos, „Drei Soldaten",	kart. 2,80	„	„ 4,80
Plivier, „Des Kaisers Kulis",		Halbl.	„ 2,—
Remarque, „Im Westen nichts Neues"	kart. 4,—	Ganzl.	„ 6,—
Renn, „Krieg"	brosch. 4,50	„	„ 6,—
Sinclair, „Jimie Higgins",	kart. 2,80	„	„ 4,80
Scharrer, „Vaterlandslose Gesellen",	kart. 3,50	„	„ 5,—
Schocholow, „Der stille Don",	brosch. 5,—	„	„ 7,—
Thomas, „Wir brauchen einen Krieg",	brosch.	„	„ 0,25
Tucholski, „Deutschland über alles",	kart. 3,20	Ganzl.	„ 5,—
Wilke, „Prisonnier Halm"		„	„ 6,—

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur. Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz. Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat. Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: . . . . . .

Ort: . . . . . .

Straße: . . . . . .

11. Jahrg Nr. 9

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7632.

Berlin, 1. März 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,16 und monatlich 0,86 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Ueber die gegenwärtige Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei

Aus der Tschechoslowakei schreibt uns ein Genosse:

Das Bild, das die gegenwärtige Arbeiterbewegung auch hier bietet, ist ein überaus trauriges. Die Sozialdemokratie ist seit den Oktoberwahlen wieder in eine Koalitionsregierung mit den Bürgertum eingetreten und ein halbes Dutzend „sozialistische" Minister arbeiten am „Hineinwachsen in den Sozialismus". Als politische Neuheit ist dabei zu bemerken, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in der CSR. einen Ministerposten erhalten hat und zwar das Ministerium für Soziale Fürsorge. Die deutsche Sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei hatte nämlich immer die Eigentümlichkeit, mit besonders radikalen Phrasen zu jonglieren (von wegen der starken Konkurrenz seitens der Parlamentskommunisten) und war mit dem Munde stets gegen die Teilnahme an bürgerlichen Regierungen. In Wirklichkeit aber war auch diese Sozialdemokratie ein Bestandteil „ihrer" Bourgeoisie und solange das deutsche Bürgertum dieses Staates mit dem tschechischen Zwistigkeiten über seinen Anteil an dem aus der Arbeiterklasse herausgeschundenen Profit hatte, war auch die deutsche Sozialdemokratie nicht besonders gut auf ihre tschechische Kumpane zu sprechen und betrachtete deren schöne Ministersessel mit grollendem Neide.

Nun aber, da sich die Kapitalisten beider Nationalitäten vollständig geeinigt haben, da das einstmals so laute Geschrei nach dem Selbstbestimmungsrechte der Deutschen in der CSR. oder nach der nationalen Selbstverwaltung verstummt ist; jetzt durfte auch die deutsche Sozialdemokratie endlich ihrer tschechischen Schwester an die Regierungskrippe nachellen und mit Rücksicht auf den inzwischen eingetretenen offenen Bankrott der KPC. auch auf das radikale Getue verzichten.

Wie in Deutschland und England, beweist auch die Regierungspraxis der Sozialdemokratie in der CSR., daß die Sozialdemokratie nicht der „linke Flügel" der Bourgeoisie ist, sondern die stärkste und tatkräftigste Waffe der Bourgeoisie im Kampfe gegen das Proletariat. Ueberall dort, wo sozialdemokratische Parteien in bürgerlich-kapitalistischen Regierungen sitzen, passen sie sich rückhaltlos den jeweiligen Klassenkampfnotwendigkeiten des Kapitalismus gegen das Proletariat an, lassen sie ihr sozialpolitisches „Minimalprogramm" vollständig fallen und wenn es die Lage „erfordert", so stellt die einstmals „Völkerbefreiende" mit den brutalsten Terrormaßnahmen gegen die Arbeiterklasse die blutigsten Praktiken des alten Zarismus in den Schatten.

Bei uns hatte die Sozialdemokratie allerdings noch keine Gelegenheit zu so schneidigem Vorgehen wie die Zörgiebel im Deutschen Reich, sie ist ja auch erst seit 3 Monaten im Amt. Doch schon diese 3 Monate haben vollauf genügt, den internationalen Grundcharakter der Sozialdemokratie auch in der CSR. aufzuzeigen. Das Verhalten des „sozialistischen" Justizministeriums in der Frage der Amnestie, oder die „Maßnahmen" des „sozialistischen" Fürsorgeministers zur Arbeitslosenfrage reden eine laute Sprache. — Daß auch bei uns die Sozialdemokratie im kapitalistischen Lager die Rolle des Henkers gegen das Proletariat übernommen hat, zeigt schon einigermaßen die Besetzung gerade der Ministerien durch Sozialdemokraten, deren Ressorts jene Probleme betreffen, die in der gegenwärtigen Epoche des Massenelends, der Massenarbeitslosigkeit und der drohenden Erhebung der zur Verzweiflung getriebenen Massen, am schwersten und am heikelsten für die tschechoslowakische Bourgeoisie sind.

Komplizierter ist die Frage, wie es kommt, daß die breiten proletarischen Massen, die der Sozialdemokratie auch in diesem Staate folgen, so ganz ohne Protest, ohne den geringsten Widerstand, vollständig stumpf und apathisch die Wendung in der Politik ihrer Führer hinnehmen. Diese Erscheinung in der gegenwärtigen Epoche stellt eine flammende Anklage gegen die KPC. dar. Noch bis vor 1½ Jahren blickten große proletarische Massen, von denen der bedeutendste Teil noch aus Tradition und Trägheit an den sozialdemokratischen Organisationen festhielt, mit erwartungsvollem Vertrauen zu der „elsernen revolutionären" Partei auf, die aus nahezu 70 Presseorganen und aus den Mündern von 42 Abgeordneten ihre Bereitschaft zur revolutionären Tat und ihre stolze historische Mission zur Führung der proletarischen Revolution hinausposaunte. Durch den berüchtigten „Roten Tag" von Prag im Juni 1928 trat die ganze Hohlheit und Leere sowohl der Phrasen, als auch des organisatorischen Gebäudes der KPC. klar zu Tage. Seither geht der Zerfall dieser Partei successive vor sich (ihr gegenwärtiger Stand und ihre Bedeutung soll im nächsten Absatze eingehend behandelt werden). Die Folge dieses Entwicklungsganges der KPC. war jedoch eine allgemeine tiefe Enttäuschung der Massen über den Kommunismus überhaupt, die sich jedoch nicht in einem Sturme gegen die KPC. und ihre verlorterte Politik äußerte, sondern in einer allgemeinen Indolenz und politischen Gleichgültigkeit der gesamten Arbeiterklasse dieses Staates.

Dies ist der Grund, dies ist die subjektive Voraussetzung für die „aktivistische" Politik der Sozialdemokratie. — Die nächsten Wochen und Monate schon werden zeigen, ob das Proletariat der Tschechoslowakei die Belastungsprobe seiner Stumpfheit durch die unvermeidliche Verschärfung der Krise, durch die in allen Industrien neuerlich angezeigten Massenentlassungen, und durch die Hungerpeitsche der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung noch weiterhin aushalten wird, oder ob es die Energie noch aufbringen wird, den einzig möglichen Ausweg aus dem bestialischen Wahnsinn dieser Gesellschaftsordnung zu erkennen.

„Ein neuer Tag geht auf über der Republik!", so schrie es aus dem sozialdemokratischen Blätterwald am Tage, wo die „Genossen" auf die Ministersessel krochen. Vielleicht hatten sie gar nicht so unrecht . . . . !

Die Notopfer der Sozialrentner

Innerhalb der Koalitionsregierung spielt sich ein sogenannter heftiger Kampf um die Lastenverteilung ab. Täglich wird das deutsche Proletariat mit einer neuen Steuer beglückt. Das Reich befindet sich in einer chronischen Krise. Ende Dezember 1929 stellte sich der Kassenfehlbetrag des Reiches auf 330 Millionen. Nach den Angaben des Reichsfinanzministers Moldenhauer wird Ende März ein neuer Fehlbetrag von rund 150 Millionen und im zweiten Quartal ein Fehlbetrag von 273 Millionen vorhanden sein. Im ganzen stellt sich der Jahresmehrbedarf für 1930 auf 1400 Millionen. Es sind 700 Millionen noch zu decken trotz der 700 Millionen Ersparnisse aus dem Youngplan. Von diesen 1400 Millionen sind 450 Millionen Mark abzuzahlen, die vor Weihnachten zur Abdeckung des Kassenfehlbetrages und der schwebenden Schulden aufgenommen wurden. Der Fehlbetrag von 150 Millionen aus dem ordentlichen Haushalt von 1928 müssen ebenfalls durch neue Steuern gedeckt werden. Der Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung wird auf 250 Millionen geschätzt, wenn die Erhöhung des Beitrages um einhalb Prozent für das gesamte Rechnungsjahr verlängert würde. Die Mindereinnahmen aus Steuern und sonstigen Einnahmen gegenüber dem Voranschlag werden auf 230 Millionen angegeben. Schließlich sind noch 320 Millionen Mehrausgaben für die einzelnen Ressors aufzubringen. Den Zuschuß für die Arbeitslosenversicherung will der Reichsfinanzminister durch Herstellung einer sogenannten Gefahrengemeinschaft von der Invaliden- und Angestelltenversicherung und nicht aus der Reichskasse bezahlen lassen. Die genannten Versicherungen sollen aus ihren Mitteln der Arbeitslosenversicherung 250 Millionen vorschießen. Das Reich übernimmt die Garantie dieser Anleihe und gibt dafür Reichsbahnvorzugsaktien. Dieser Plan ist nur eine Verschleierung der Tatsache, daß es sich hier um einen bewußten Eintuionen handelt. Das Kapital nimmt die der Arbeiterschaft entzogenen Beträge, um damit das Defizit der Arbeitslosenversicherung zu begleichen. Es sprengt so auch die Grundlagen der Invaliden- und Angestelltenversicherung, indem es das Defizit der Arbeitslosenversicherung von diesen Sozialrentnerinstitutionen aufbrinlässt. Die Gefahrengemeinschaft ist ein Produkt des Kampfes gegen den deutschen Sozialrentner, den das Finanzkapital mit Schacht an der Spitze auf seine Fahne geschrieben hat.

Eine Rede Schachts für den Abbau der Sozialpolitik (deren beste Stelle wir auf der dritten Seite abdrucken, löst beim „Vorwärts" enorme Empörung aus. Er schimpft über diese Verhöhnung der Sozialrentner durch den Mann mit dem Rieseneinkommen und der gesicherten Zukunft, der die gesamten reformistischen Bestrebungen in Grund und Boden verdammt und sie als eine Gefahr für die weitere kapitalistische Entwicklung hinstellt. Diese Entlarvung der Bestrebungen des Finanzkapitals ist ihm als Taktlosigkeit erscheinlich, weil dadurch die Natur und das Ziel seiner Koalitionsgenossen offenbar wird. Die Worte Schachts zeigen, daß das Finanzkapitals an der Arbeitsgemeinschaft nicht das geringste Interesse mehr hat. Es hält die Sozialpolitik im Gegenteil für vollkommen entbehrlich, weil es eben die Sozialdemokratie weder zur Durchführung der Innen- noch der Außenpolitik benötigt. Die Aeußerung von Schacht entspricht nur der Praxis der Bourgeoisie. Demgegenüber ist für den ADGB. und die Sozialdemokratie der Schutz der Sozialpolitik eine Existenzfrage. Nur durch diese „Sozialrentner"-Politik haben diese beiden Organisationen die Möglichkeit der Gewinnung der Arbeitermassen für ihre arbeitsgemeinschaftliche Politik. Das Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist eben die Versorgung der Arbeiterschaft mit „Versicherungsscheinen" „von der Wiege bis zum Grabe". Die Arbeiterschaft soll vom Klassenkampf durch die kleinbürgerliche Versorgung und durch die Politik der kleinen Pflästerchen abgehalten werden. Diese Einschlägerungsmethoden werden von Herrn Schacht als unnötig verworfen.

Die revolutionäre Arbeiterschaft kann Herrn Schacht nur dankbar für die Aufrichtigkeit sein, mit der er das Ziel der Politik des Finanzkapitals aufzeigt. Sie weiß, daß die Sozialpolitik vom Kapital nur solange betrieben wird, als sie zur Beruhigung der Arbeiterschaft notwendig ist. Der Abbau der Sozialpolitik ist für sie nur das Zeichen der wachsenden Offensive des Kapitals. Sie kämpft nicht um die Erhaltung der Sozialpolitik, sondern um die Eroberung der Macht, weil sie kein Interesse an der Aufrechterhaltung reformistischer Illusionen hat. Die Sozialpolitik ist für sie kein Kampfobjekt, zumal sie ja selbst die gesamten Lasten für diese Sozialpolitik aufbringen muß. Sie bezahlt ja die Versicherungsscheine selbst, auch wenn formell der Arbeitgeber und das Reich Zuschüsse leisten. Diese Zuschüsse werden ja ebenfalls durch die Arbeiter aufgebracht. Es handelt sich um nichts weiter als um Zwangsversicherungen, durch die der Arbeiterschaft eine Versorgung für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter durch den Vater Staat vorgespiegelt wird.

Wie groß die Angst des ADGB. wegen des Abbaus der Sozialpolitik ist, geht aus der vom ADGB. gegen diesen Abbau gestellten Parole des Notopfers aller Steuerpflichtigen hervor. Es heißt in der Entschließung des Bundesausschusses wörtlich:

„Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie der Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen soll ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen erhoben werden."

Dieses vortreffliche Volksgemeinschaftsopfer zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung und der reformistischen Sozialrentnerpolitik bedeutet ein offenes Abrücken von dem alten Programm der Abwälzung der Steuerlasten auf den Besitz. In der Entschließung ist keinerlei Rede davon, daß die prozentuale Abgabe erst hat, daß der Besitz die größeren Einkommen in stärkerer Form heranzuziehen sind. Vielmehr soll der ärmste Mann auch der treueste Knecht des Kapitals sein. Ihn trifft selbstverständlich jede Zahlung doppelt so stark. Das Notopfer ist weiter nichts als eine neue Lohnsteuererhöhung, die den Arbeitern zugemutet wird, damit sie auf diese Weise